

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Postamt Nr. 1/1, und durch Annoncen zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, von Woche zu Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mfr. 2.50, frei ins Haus Mfr. 2.99, wo keine Post am Ort. Dfr. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungstermin für die empfangene Nummer oder deren Rest 10 Tage vor dem Ende des Monats. Die Abbestellung muss schriftlich an die Expedition gesandt werden. Preis für die nächste Nummer 20 Pf. Die Expedition abgeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 89.

Breslau, Freitag, den 17. April 1914.

25. Jahrgang.

Das Schicksal der Befoldungsnovelle im Reich.

Von Reichstagsabg. Friedrich Ebert

In offiziellen Korrespondenzen macht die Regierung lebhaft Stimmung gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission zur Beratung der Novelle der Befoldungsordnung. Die Regierung ruft auch hier dem Reichstag ihr „Unannehmbar“ entgegen. In der reaktionären Presse flüßet sie auch bereits Hilfe. Der Führer der Freikonservativen, Otto von Jellich, macht in der „Post“ und im „Tag“ die Regierung hart gegen den Reichstag. Das Reichstag hat starke Vertrauen in die Festigkeit der Reichsbegleitung — so schreibt er — würde in der bedenklichsten Weise erschüttert werden, wenn der Bundesrat den Reichsschaffmeister durch Nachgeben sabotierte. Es müsse vielmehr erwartet werden, daß der Bundesrat im vorliegenden Falle festbleibe. Vor allem sind es die Rückwirkungen auf Preußen, die immer wieder gegen die Beschlüsse des Reichstages ins Feld geführt werden, obgleich der Reichstag im weitesten Maße auf Preußen Rücksicht genommen hat.

Bei der Novelle handelt es sich nicht um eine allgemeine Neuregelung der Beamtenbefoldung; es sollen nur die Konsequenzen aus der vorjährigen Änderung des Befoldungsgesetzes gezogen werden. Im vorliegenden Jahre ist es nämlich dem Reichstag durch energisches Aufsitzen gelungen, durchzusetzen, daß die Postschaffner und Postassistenten endlich die Gehaltsaufbesserungen erhalten, die sie schon 1909 bekommen sollten, die ihnen dann aber im letzten Augenblick von der Regierung und der Reichstagsmehrheit wieder vorenthalten worden sind.

Der damalige Erfolg ist nicht zum wenigsten dem unausgesprochenen Drängen unserer Parteigenossen zu danken, die im neuen Reichstag gleich bei der ersten Staatsberatung energisch auch für die Forderungen der genannten Beamtenkategorien eingetreten sind.

Gegenüber der jetzigen Vorlage hat die sozialdemokratische Fraktion den Standpunkt vertreten, daß Wünsche, soweit sie mit den vorjährigen Befoldungsänderungen im direkten Zusammenhang stehen und die schlimmsten Härten, die sich aus der Befoldungsordnung von 1909 ergeben haben, besonders aber die 1909 nicht durchgeführte einmältigen Beschlüsse des Reichstages, berücksichtigt werden müssen. Die bürgerlichen Parteien haben einen ähnlichen Standpunkt eingenommen.

Der Reichstag hat sich damit im großen und ganzen auf den Boden der Vorlage gestellt. Viele weitergehende Wünsche sind nach vorüberiger Verständigung aller Parteien zurückgestellt worden, weil man die Vorlage nicht zu sehr belasten und ihre Annahme nicht gefährden wollte. Diese Verständigung war durchaus nicht leicht, weil sich unter den zurückgestellten Wünschen wohl begründete und durchaus berechtigte Forderungen, z. B. die der Telegraphenmechaniker befanden.

Die über die Regierungsvorlage hinausgehenden Reichstagsbeschlüsse beschränken sich auf die dringlichsten Forderungen und erfordern im ganzen eine Mehrausgabe von etwa drei Millionen Mark.

Nach der Vorlage sollen die Beamten in den unteren Gehaltsklassen eine Aufbesserung von durchschnittlich 100 Mark erhalten. Es handelt sich dabei um Beamtengruppen mit einem Anfangsgehalt von 1100 Mark und mit Höchstgehältern bis zu 1700 Mark. Neben den Landbriefträgern kommen dabei hauptsächlich Reichseisenbahnbeamte in Betracht. Zugleich brachte die Vorlage aber für die Reichseisenbahner eine erhebliche Verschlechterung. Diesen sollte die bisher gewährte nicht pensionsfähige Zulage von 120 Mark nur noch insoweit gewährt werden, als sie die Gehaltszulage überschreitet. Die Unterbeamten der Reichseisenbahn hätten also in Wirklichkeit keinen roten Pfennig Einkommen mehr erhalten.

Selbstverständlich haben die sozialdemokratischen Vertreter die Weitergewährung der bisherigen Zulage verlangt. Bei der letzten allgemeinen Befoldungsreform ist die Regierung selbst für die Weitergewährung dieser Zulage eingetreten, weil sie einen Ausgleich bilde für die mit der Einführung des Wohnungsgeldzuschusses verbundenen Rückgänge im Einkommen der Reichseisenbahnbeamten. Die Zulage ist also wirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Jetzt sollte sie den sehr schlecht gestellten Unterbeamten entzogen werden, während die höheren Beamten sie in Höhe von 500 Mark weiter beziehen sollten. Diese große Ungerechtigkeit vermöchten die bürgerlichen Parteien nicht zu bestreiten. Trotzdem waren sie für die sozialdemokratische Forderung auf Beibehaltung der Zulage nicht zu haben. Sie verschieben sich vielmehr auf einen Abänderungsantrag, nach dem die Zulage schrittweise entzogen und im übrigen die Eisenbahner noch schlechter gestellt worden wären, als nach der Regierungsvorlage. Den sozialdemokratischen Vertretern ist es gelungen, in der Kommission diesen bürgerlichen Kompromißantrag zum Fall zu bringen. Die Kommission be-

schloß entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag die Weitergewährung der Zulage.

Bei den weiteren Differenzen mit der Regierung handelt es sich hauptsächlich um die Postunterbeamten in gehobenen Dienststellen. Nachdem man die Unterbeamten und die Assistenten besser gestellt hatte, mußten die Konsequenzen auch für die gehobenen Unterbeamten gezogen werden. Niemand konnte darüber im Zweifel sein. Wären schon 1909 die Schaffnergehälter auf 1200 bis 1800 Mark erhöht worden, so wäre damals sicher auch eine entsprechende Aufbesserung der Oberschaffner erfolgt. Der Reichstag hatte das als ganz selbstverständlich in Aussicht genommen. Die Oberschaffnerklasse baute sich auf der Klasse der Schaffner auf; sie ist für das Geet der Postunterbeamten die einzige Beförderungsmöglichkeit. Durch die Erhöhung der Schaffnergehälter ist die frühere Spannung zwischen den Gehaltsstufen so eingeschränkt worden, daß heute mit der Beförderung in die Oberschaffnerklasse eine wesentliche wirtschaftliche Besserstellung überhaupt nicht mehr verbunden ist. Eine Besserstellung der Oberschaffner, die fast durchweg Dienstleistungen der Assistentenklasse verrichten, ist also dringend notwendig.

Unsere Genossen hatten beantragt, die jetzigen Gehaltsätze (1400 bis 2100 Mark) auf 1600 bis 2200 Mark zu erhöhen, während der Antrag der bürgerlichen Parteien 1500 bis 2200 Mark verlangte, womit allerdings eine etwas günstigere Aufsteigerungskala verbunden war. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags ist der Antrag der bürgerlichen Parteien einstimmig angenommen worden.

Weiter faßte die Kommission auf Antrag der bürgerlichen Parteien über die Vorlage hinaus noch Beschlüsse zugunsten der höheren Postbeamten. Wenn es sich dabei auch hauptsächlich um Ausmerzung von Härten in den Beförderungsverhältnissen handelt, so ist damit auch eine erhebliche wirtschaftliche Besserstellung der höheren Beamten verbunden.

Bei der Abstimmung über diese Anträge haben sich unsere Genossen ihrer Stimme enthalten, weil sie ihre Haltung zu diesen Anträgen abhängig machen wollen von der endgültigen Regelung der Gehälter der Unterbeamten.

Das „Unannehmbar“ der Regierung richtet sich hauptsächlich gegen die vom Reichstag beschlossene Besserstellung der gehobenen Unterbeamten, denn hier kommen etwa 19.000 Beamte in Betracht. Die Massenwirkung, für die die Unterbeamten doch nicht büßen können, ist es, die vor allem den Widerstand der Regierung hervorruft. Die Rückwirkung auf Preußen kann nicht entscheidend sein, denn ein preussischer Regierungsvertreter mußte in der Kommission selbst zugeben, daß es in Preußen eine gleichartige Kategorie, wie die gehobenen Unterbeamten der Post nicht gebe. In Preußen könnten vielmehr die Gehobenen in höhere Stellen aufsteigen; im Reich ist das ausgeschlossen. Ueber die gehobene Dienststelle kommt bei der Reichspost kein Unterbeamter hinaus. Der Reichstag hat sich auch in der Ausmessung der Höhe der Zulagen auf das Notwendigste beschränkt. Die Gehobenen sollen nur bekommen, was ihnen der Reichstag schon 1909 zugesprochen hat.

Auch die Konsequenzen wegen der Besserstellung der Reichseisenbahner können nicht schrecken. Nach der preussischen Befoldungsvorlage sollen alle Unterbeamten bis zum Gehalt von 1700 Mark um 100 Mark besser gestellt werden. Mehr hat der Reichstag für die Unterbeamten der Reichseisenbahn auch nicht beschlossen. Sollten sich aber trotzdem Folgerungen zu Gunsten preussischer Eisenbahner ergeben, so ist das nur zu begrüßen. Denn es kann sich hauptsächlich nur um gering besoldete Unterbeamten handeln, deren Bedürftigkeit außer allem Zweifel steht. Die preussischen Eisenbahnfinanzen haben einen glänzenden Stand. Dazu kommen die erheblichen Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Vermögenssteuer; Deckung ist also reichlich vorhanden.

Wie bei allen Fortschritten, so ist auch hier wieder Preußen der Stein des Anstoßes. Die preussische Staatsregierung und die Reichsregierung haben sich zu gemeinsamem Widerstand gegen die Besserstellung der Unterbeamten verbunden. Offensichtlich handelt es sich um eine ganz systematische Quertreiberei gegen den verhassten Reichstag. Es ist dasselbe schmale Spiel, wie es sich bei der Konkurrenzklause, beim Militärstrafgesetz und bei anderen aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Entwürfen gezeigt hat.

Ob die bürgerlichen Parteien die Beschlüsse zur Befoldungsreform hochhalten werden, oder ob sich die schwache Kommode von 1909 wiederholen wird, muß abgewartet werden. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei der bevorstehenden zweiten Sitzung der Konkurrenzklause ist jedenfalls nicht sehr ermutigend.

Für die Sozialdemokratie ist ein Zurückgehen hinter die Kommissionsbeschlüsse völlig ausgeschlossen. Die Kommission hat sich bereits die größte Selbstbeschränkung auferlegt und nur das Notwendigste und Dringlichste fe-

schlossen. Ein Zurückweichen wäre ein Verrat an den Interessen der Unterbeamten. Der Reichstag würde aber auch sein verfassungsmäßiges Mitbestimmungsrecht an der Befoldungsregelung preisgeben; er würde sich selbst zur Infragemaschine des Bundesrats herabwürdigen.

Wir knüpfen an die vorstehenden Ausführungen des Genossen Ebert, der bekanntlich in der Reichstags-Kommission den Standpunkt unserer Fraktion zur Befoldungsordnung vertritt, die Bitte, daß unsere Leser möglichst vielen Beisitzer dieser Nummer unseres Blattes in die Hand geben.

Politische Uebersicht.

Konservative Heuchler.

Kürzlich erfolgte im württembergischen Landtage die Abstimmung der Zentrumsfraktion, die sich öffentlich darüber eintrüßte, daß ein Fortschrittler in einem bestimmten Falle für die Unterstützung der Sozialdemokratie eintrat, im geheimen aber selbst Rußhandelsgeschäfte mit der Sozialdemokratie zu machen suchte. Im Anschluß daran hatte die konservative Presse Moralpredigten erteilt und erklärt, ein Verhalten wie das des betreffenden Zentrumsabgeordneten sei bei den Konservativen ausgeschlossen. Unser Stuttgarter Parteiorgan gibt darauf der bündlerischen „Schwäbischen Tagzeitung“ den Rat, den Mund nicht zu voll zu nehmen. Das letztere Blatt wurde dann etwas kleinlauter, rief aber die Konservativen immer noch als politische Lügnerhelden, die nie Fühlung mit der Sozialdemokratie gesucht haben.

Darauf teilt nun die „Schwäbische Tagzeitung“ mit, daß der konservative Kandidat für den 8. württembergischen Wahlkreis bei der letzten Reichstagswahl, der Landtagsabgeordnete Dr. Mülling, die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen reflexlos mit ja beantwortete und den so ausgefüllten Fragebogen an unser Parteisekretariat gesandt hat.

Wir geben Fragen und Antworten im Wortlaut ungekürzt wieder:

Landesvorstand der Sozialdemokraten Württemberg. Stuttgart, den 16. Januar 1914.

Fragebogen zur Reichstagswahl.

Sind Sie bereit, sich dahin zu verpflichten, als Reichstagsabgeordneter einzutreten und zu stimmen:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag?
Antwort: Ja!
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungs- und des Koalitionsrechts?
Antwort: Ja!
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafgesetzes?
Antwort: Ja!
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz?
Antwort: Ja!
5. gegen eine Erhöhung oder Neueinführung von Böllen auf die Verbrauchartikel der großen Masse?
Antwort: Ja!
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchartikel der großen Masse?
Antwort: Ja!

(Nachschrift des Adressaten): Die Verpflichtung gilt für die Dauer des gegenwärtigen Reichstages. (Unterschrift) Dr. Mülling. Neustettlingen, Post Station, den 16. Januar 1914.

Man sieht, der Brave hat alle Fragen glatt ohne jede Einschränkung bejaht. Und da wagt das konservative Blatt noch zu behaupten, sein Parteifreund habe „in keinem einzigen Punkte keine grundsätzliche Stellung preisgegeben, sondern da, wo er eine abweichende Stellung einnahm, dieselbe offen und deutlich präzipiert, sobald er sich von vornherein klar war, daß die Beantwortung der Fragen eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie ausschließen würde!“

Der Reinfall des Zentrums war grausam, der der Konservativen ist, wenn möglich, noch fürchterlicher.

Der Kaiserbriefschwindel angegeben.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Jäger hatte seinerzeit mit Bezug auf den Inhalt des Kaiser-Briefes an die Landgräfin von Hessen in der Münchener katholischen „Allgemeinen Rundschau“ behauptet, in dem Briefe fände sich die Stelle: „Du trittst als einem Aberglauben bei, den auszuwurzeln ich mir zur Lebensaufgabe gesetzt habe.“ Dr. Jäger sieht sich jetzt genötigt, seine Behauptungen zu widerrufen. Er schreibt in der neuesten Nummer der genannten Zeitschrift u. a.:

„Bei der durch das Demüt der „Nord. Allgem. Ztg.“ geschaffenen Sachlage hat sich für mich nun ergeben, daß der Beweis für die Richtigkeit des Inhaltes des Kaiser-Briefes beim der erwähnten Hauptstellen von mir nicht geführt werden kann. Ich kann daher meine Angaben in dieser Beziehung nicht aufrecht halten.“

Warum und zu welchen Zwecken erfand das Zentrum diesen traffen Schwindel?

Der demontierte Verleumdung des Berliner Tageblatts...

Ich halte den Inhalt der Unterredung Wort für Wort aufrecht...

Die Geschichte wird immer verwickelter, da sich nun zwei einander direkt widersprechende Lesarten gegenüberstellen...

Der Unterdrückungsfeldzug gegen die Gewerkschaften.

Die „Oste-Zeitung“ konnte bereits vor einiger Zeit melden, daß die Politisch-Erklärung der gewerkschaftlichen Zentralverbände...

Keine Beseitigung der Einfuhrschemine.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ kommen auf die Verhandlungen in der Petitionskommission über die Einfuhrschemine...

Rückgang der Militärauglichkeit.

Aus neueren Zahlen über die Aushebung der Rekruten ergibt sich, daß der Prozentsatz der Lauglichen weiter abgenommen hat...

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Schönau blühte sich um. Um Vergebung, Herr Hauptmann, aber es wird mit meinem jungen gnädigen Herrn noch passiert sein...

Ein empfehlenswerter Beamter.

Ein großes Schlaglicht auf das herrschende System in Elsas-Verträgen wird eine Beamtenbeförderung, die soeben bekannt geworden ist...

Uhlwardt gestorben. Hermann Uhlwardt, der „Kellner aller Deutschen“, der Antisemitenführer Deutschlands, um den sich Anfang der neunziger Jahre der reichste Ruhmeskranz wab...

Wohnungsnot. In einigen Städten des Ostens war am 1. April dieses Jahres die Wohnungsnot so groß, daß eine Anzahl Familien obdachlos wurden...

Denkschrift über die Dual-Angelegenheit. Die Budgetkommission des Reichstages hat die Verabreichung des Etats für Kamerun ausgeleitet...

Die marokkanischen Bergwerksrechte. In Paris hat das Bureau der Schiedskommission zur Schlichtung der bei rechtlichen Streitigkeiten in Marokko seine Tätigkeit aufgenommen...

Zeppelin-Luftschiffe für die bayerische Armee. Die bayerische Heeresverwaltung schloß, wie dem „Deutschen Kurier“ aus München gemeldet wird...

Verbot französischer Zeitschriften für Elsaß-Lothringen. Auf Grund des § 2 des Brekaerches hat das Ministerium die Verbreitung...

Protest gegen die Stilllegung von Fischen. Der Haus- und Grundbesitzer-Verein des Ruhrtales beschloß am 18. April in Ruppelbrunn...

Ausland.

Wenn in Frankreich ein militärischer Uebergriff geschieht.

Nach Blättermeldungen kam es in Clermont en Argonne bei Verdun am Sonntag abend infolge Einquartierung zu argen Ausschreitungen...

Die Lage wurde immer drohender, bis Gendarmerie ein schritt und die Ordnung wiederherstellte. Die von der Militärbehörde angeordnete Untersuchung ergab...

Nur um einen Vergleich herbeizuführen, wie in Frankreich, der Republik, und wie in Deutschland, dem absolutistischen Staate, militärische Ausföhrungen gestiftet werden...

Zur Verstaatlichung des ärztlichen Berufs.

In einer von der Gesellschaft für staatliche Heilkunde kürzlich in London veranstalteten Versammlung traten eine Anzahl ärztlicher Autoritäten entschieden für die Verstaatlichung des Heilwesens ein...

wären Fragen die Herren mindestens flüchtig gemacht hätten, Ein indessen überzeugt, diese Mißgunstung beseitigt zu haben...

liches — der Obrist schloß und wußte es wohl; aber der Inhalt bild des geschmeierten, ehrwürdigen Mannes da vor ihm...

Holländischer Parteikongress

Die Vortrags-Sitzung des zweiten Kongressabends war der Besprechung des Parteiprogramms gewidmet. Die Resolutionsfassung wurde allgemein genehmigt und die Redaktion einstimmig wiedergewählt. Den Vorschlag zur Gründung einer eigenen holländischen Monatschrift akzeptierte der Parteivorstand. Jetzt gibt es nur eine private Monatschrift, in deren Redaktion neben Parteimitgliedern auch Ultra-Radikale sitzen, die aus der Partei ausgeschlossen sind.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Resolution des Parteivorstandes zur Wahltagstaktik beraten. Einstimmig genehmigt wurde der Aufruf zu einer Tagesdemonstration. In einem Wochentage soll die Arbeit ruhen für den Fall, daß die Erste Kammer einer Verfassungsrevision Widerstand entgegensetzt. Welschen Widerspruch fand jedoch der Vorschlag des Zusammenarbeitens mit den Freisinnigen bei den Provinzwahlen, die über die Zusammenlegung der Ersten Kammer entscheidend sind. Nachdem der Parteivorstand erklärt hatte, er wolle nur ein Zusammengehen mit den Freisinnigen in einigen wenigen besonders gefährdeten Wahlkreisen möglich machen, um einen bestimmten Wahltritt der Radikalen zu durchkreuzen, wurde auch dieser Teil der Resolution vom Parteitag mit übergrößer Mehrheit angenommen.

In der Abend-Sitzung vom Montag wurde nach kurzer Debatte ein Antrag einer Ortsteilung zur Wiederaufnahme der Debatte des Internationalen Bureaus zur Wiederherstellung der Einheit im holländischen Sozialismus fast einstimmig abgelehnt unter der Begründung des Vorsitzenden, daß vor fünf Jahren unsere Partei den Einigungs-vorschlag des Bureaus akzeptiert, die andere Partei ihn aber abgelehnt hatte und heute das Organ der Ultra-Radikalen schon im voraus die Wiedervereinigung abgelehnt hatte. Der weitere Abend und ein großer Teil des dritten Tages war einer gründlichen Reorganisation der Partei in Uebereinstimmung mit ihrem nächsten Wachstum gewidmet, u. a. wurde die Ernennung des Parteivorstandes durch Abstimmung durch die Ernennung vom Kongress erlegt und die Referendum-Abstimmung über die Kongressbeschlüsse eingeschränkt auf diejenigen Beschlüsse, bei denen ein Verstoß des Kongresses eine solche Referendum-Abstimmung wünscht. Ausführliche Diskussion brachte nur die Frage, in welcher Weise die in der Partei seit einem Jahre her entwickelte Frauenorganisation in den Parteirahmen einzufügen sei. Es war die Meinung eines erheblichen Teils des Kongresses, der auch von Frauen vertreten war, der Frauenorganisation, so wie sie im Parteivorstand es wünschten, ein gewisses eigenes Wahlrecht und Wahlteilrecht zu gewähren. Ohne Debatte akzeptierte die Partei ein neues politisches Programm, das aber nur eine Festlegung früherer Kongressresolutionen ist und nach einigen Jahren von ganz neuen, von einer Kommission auszuarbeitenden Programm der politischen Forderungen zu ersetzen ist.

Der arbeitsreiche und sehr einmütige Kongress ging dann unter den Klängen der Internationale auseinander.

Die österreichischen Staatsschulden

Nach dem Abrechnen der Genosse Dr. Ellenbogen im „Kampf“ beträgt eine Höhe von 12 1/2 Milliarden erreicht - 430 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung. Die Vermehrung und Tilgung erfordert jährlich 484,5 Millionen Kronen. Das Gesamtgewicht der direkten Steuern beträgt nur 408 Millionen, das der indirekten allerdings 1108 Millionen. Den größten Anteil an den Staatsschulden haben die von den Habsburgern in absolutistischer Zeit aufgehäuften Kriegsschulden.

Zu den Wirren in Mexiko.

Obwohl die „Dresdener Morgenzeitung“ den Krieg für die Vereinigten Staaten von Mexiko schon so gut wie erklärt hatte, scheinen sich die Verhältnisse doch noch zu regeln. Querta telegraphierte an die New Yorker „Times“: Mexiko habe keine Streitigkeiten mit irgend jemandem, am allerwenigsten mit der großen amerikanischen Nation. Der Zwischenfall von Tampico habe keine besondere Bedeutung.

Nach amtlichen Depeschen hat Querta so gut wie zugesagt, den Salut für die amerikanische Flagge abzufeuern. In amtlichen Kreisen wird nicht bezweifelt, daß Quertas Vorschlag, die amerikanischen Flaggen unter der Bedingung zu salutieren, daß die amerikanischen Kriegsschiffe den Salut erwidern, angenommen werden wird. Die Kritik wird deshalb als beendet angesehen.

Die Räuberbanden in China.

Nach Meldungen aus Stanfu nahmen Räuberbanden zusehends zu und plünderten es, wobei sie viele Personen töten und verwundeten. Einzelheiten liegen noch nicht vor. 8000 Mann beider Truppen von Schensi sind in Gil-marschen aus Tsingtau in der letzten Woche in Stanfu eingetroffen und so gleich nach Westen weitermarschiert. Sie haben bereits mit den Räubern Fühlung gewonnen, die gegenwärtig 20 Meilen nordwestlich von Kienchow stehen. 5000 Mann aus Kanku besetzen die Distrikte Tsingtau und Pinchow und versperren dadurch den Räubern den Vormarsch nach Westen. 50 000 wachpostenbewaffnete und disziplinierte Truppen aus Stanfu machten sich heute nacht nach Kienchow auf den Weg. Weitere 7000 Mann treffen in kurzem dort ein. Die Lage hat sich sehr gebessert. Einige Städte sind der Plünderung dadurch entgangen, daß sie die Tore öffneten und schmerzlos Übergabe zahlten. Die Städte, die Widerstand leisteten, wurden erbarmungslos behandelt. Die Grausamkeit der Räuber ist überall fürchterlich. Viele Missionäre haben sich zur Pflege der Verwundeten nach Peking und Chowki begeben.

Auf dem Balkan geht es nach wie vor sehr unruhig zu. Die Stämme Post und Grube, deren Gebiet von der Londoner Balkankonferenz Montenegro zugesprochen worden ist, nahmen wieder eine feindselige Haltung ein, indem sie täglich die friedliche Bevölkerung von Tuzi angriffen. Die Regierung hat deshalb die energigsten Maßnahmen ergriffen, um die Ordnung wieder herzustellen und ihre Rechte zu verteidigen. Es verlautet, der Putz gegen Koriza sei schlagartig beendet. Zwischen den Führern der Freiwilligen-Abteilungen besteht Streit über den Oberbefehl. Die Freiwilligen ermangeln der Disziplin. Die seltigen griechischen Bewohner wenden sich nach Kastoria.

Bei der „Regierung“ in Durazzo sind Meldungen eingetroffen, daß trotz der Blockade von Santi Quaranta gestern etwa 300 griechische Freiwillige dort ausgeschifft worden und in das Innere von Epirus abmarschiert sind.

Parteiangelegenheiten.

Massezeitung 1914.

Der Verlag der Massezeitung bittet um, die Organisationen und Korrespondenten darauf hinzuweisen, daß die erste Auflage verzogen ist.

Ein Nachdruck ist bereits in der Presse und werden weitere Verfassungen umgehend erstellt.

an den Verlag Buchhandlung Normatis, Paul Singer & Co. H. O., Berlin SW. 68.

Die diesjährige Massezeitung ist ganz besonders prächtig ausgefallen; sowohl das Titelbild als auch das große Bild zeigen charakteristische Arbeitertypen und strömen in eine Stimmung aus, die unserem Volkstum wunderbar angepaßt ist. Der zeitliche Inhalt ist des Hinganges durchwegs würdevoll. Die Artikel von Luowig Frank, Carl Kegler und Hermann Wendel erschöpfen alles, was bei dieser Gelegenheit über das Volkstum des Proletariats zu sagen ist. Und auch die Landarbeiter kommen diesmal voll zu ihrem Rechte in einem Artikel des Genossen Fraas über die Landarbeiter und den Sozialismus. Den Abschluss bilden die Betrachtungen der Genossen Grabauer über Malen - Mitter - Kinder. So gestaltet sich die Massezeitung nicht nur zu einer wertvollen Erinnerung an die Winter 1914, sie bildet ein dauerndes Lebensblatt für jede Arbeiterfamilie.

Wieder ein staatsgefährlicher Missetat. In Düsseldorf wurde auch in diesem Jahre die Genehmigung zu einem Massenfestumzug verweigert. Während aber im vorigen Jahre die Polizei eine Gefahr darin sah, daß die Masse eine Demonstration gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht und die Heeresvergrößerungen und Ziele der Sozialdemokratie nicht, denn diese seien nicht nur eine schwere Gefahr für die bestehende Ordnung überhaupt, sondern auch eine Brückentafel der nationalen Empfindungen weiser Kreise der Bevölkerung. Unter diesen Umständen und im Hinblick auf den von Jahr zu Jahr stärkeren Formen annehmenden politischen Kampf zwischen Sozialdemokratie und den auf staatsbehaltendem Boden stehenden Bevölkerungsschichten müsse bedacht werden, daß der „preiselose provokatorische Charakter eines Matunges“ fahren für die öffentliche Sicherheit im Gefolge hat“. Um Gründe ist man nie verzogen!

Gewerkschaftliches.

Sozialistengesetzliche Zustände.

Herr Traugott v. Janow, der polizeiliche Machthaber von Berlin und unübertreffliche Ausleger der Polizei- und Militär-gewalt, ist von seinem Amtsstolzen in Berlin überfallen worden. Was Herr Dr. Heß, der Polizeibezerrner von Barmen, in einem knappen Jahre geleistet hat, ist gelehrt, den Weisfall aller Scherzmacher und Arbeitsetzner zu entstellen.

Junaid ging er dazu über, das Vertreten gewerkschaftlicher Druckchriften, Flugblätter, Handzettel usw. auf Straßen und öffentlichen Plätzen in einzelnen Fällen zu verbieten. Gelegentlich der Krankenkassenwahl verbot er das Vertreten von Druckchriften generell, nur eine kleine Anzahl von Straßen wurden von dem Verbot ausgenommen. Das Verbot aber hat er sich bei einem Streik in einer Textilfabrik geleistet. Weil eine Anzahl von Arbeitervilligen nach 11 Uhr in einer Wertschaft einige streikende Arbeiter überfielen und mißhandelten, ließ er an die Polizeibeamten des Bezirks die Anweisung ergehen, das Streikposten stehen vor der Fabrik und in deren Nähe nicht zu dulden. Die Streikposten wurden weggeführt, schließlich verhaftet und auf der Wache festgehalten. Die drei mißhandelten Arbeiter aber erhielten folgende Verfügung aufgestellt:

„Die Polizeiverwaltung. Barmen, den 4. April 1914. Sofort.“

Da vor kurzem eine Schlägerei zwischen Arbeitervilligen und Streikenden der Firma Kehrenberg stattgefunden hat und zu beschreiben steht, daß sich die Streikposten verhalten, wodurch die öffentliche Sicherheit gefährdet würde, unterseige ich Ihnen auf die Dauer von zwei Wochen nach Aufstellung dieses Schreibens den Aufenthalt in der Medelstraße zwischen Albrecht- und Fingerscheibstraße, in der Rothenscherul- und Emmastraße. Für jeden Fall, daß Sie dieser Verfügung zuwiderhandeln, müßt ich eine Zwangsstrafe von 60 Mk. event. 6 Tage Haft gegen Sie festsetzen.

Gegen diese Verfügung steht Ihnen innerhalb zwei Wochen (seit Zustellung) die Beschwerde an den Herrn Regierungspräsidenten, oder die Klage beim Bezirksausichuß in Düsseldorf zu.

„An Herrn“
Dem Sekretär der Gewerkschaftskommission, der wegen dieser Anordnungen des Polizeigewaltigen beschwerdeführend bei ihm vorstellig wurde, erklärte Herr Dr. Heß, daß das Streik-vollenstehen ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Unternehmers darstelle und dagegen die Polizei geschäftig werden müßten. Daß aber die Maßnahmen des Polizeibezerrn einen zureichenden Eingriff in die persönliche Freiheit von Bürgern zu Gunsten eines Unternehmers darstellen, scheint dem Polizeiverstand nicht faßbar zu sein.
Gegen die durch nichts bearbeitete ungesetzliche Maßnahme ist natürlich der Rechtsweg beschritten worden.
Stadt und Provinz.

Die gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen

lautete das Thema, über das Professor Dr. Boda, Paris, am Donnerstag abends in einer Mitglieber-Versammlung des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Sitz Breslau, sprach. Er führte etwa folgendes aus:

Die gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist für den geistigen und für den körperlichen Arbeiter gleich wichtig. Bisher wurde der wirtschaftliche Kampf in Deutschland nur als rohe Machprobe gelehrt. Die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer haben ihn untereinander aus. Jeder kann der geistige Arbeiter nicht so ohne weiteres zum Streik greifen, wenn er keine Lebenshaltung verbessern will. Ihm steht im allgemeinen nur ein Weg offen: die Einwirkung auf die Gesetzgebung. Nun hat Deutschland allerdings noch kein Gesetz, das Lohnfragen regelt. Wir müssen uns hier auf die Erfahrungen stützen, die andere Kulturländer mit der gesetzlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gemacht haben. Gesetzlich soll der Lohn durch Angebot und Nachfrage geregelt werden. Das hat aber praktisch zu großen Nachteilen für den Arbeiter geführt. Um die wirtschaftliche Lebensmacht des Unternehmers abzuwehren, haben sich die Arbeiter organisiert. Nun sind aber Streiks und Ausperrungen ein zweifelhaftes Schwert. Andererseits können viele Berufsangehörige sich selbst oder überhaupt nicht organisieren, wie zum Beispiel die Gemein-arbeiter oder die in öffentlichen Betrieben Beschäftigten. Der preussische Staat verlangt seinen Angestellten das Sozialistengesetz.

Es muß also eine andere Art der Lohn- und Arbeitsregelung gefunden werden, und das ist ihre gesetzliche Festlegung. Sie ist zuerst in Australien (Victoria) durch Lohn-kommissionen eingeführt und zwar für alle Zweigarten, in denen Lohnarbeitertätigkeit ist. Das Gesetz gewährleistet jedem australischen Arbeiter einen menschenwürdigen Mindestlohn. In Deutschland haben die Besonderen man freilich schon anlässlich der Regelung des Lohnabnehmergesetzes, eine gesetzliche Festlegung des Lohnes würde die Selbstarbeit vernichten. Die Erfahrung Australiens beweist, daß dies nicht der Fall ist. Nicht die niedrigen Löhne, sondern die hohen Steuern der Lohnbesitzer sind die Gefahr. Und England hat die australische Lohnregelung fast unüberändert eingeführt, und auch dort hat sie sich bewährt, daß der erst kürzlich an der britischen Reichsversammlung wurde. Ebenfalls hat in Frankreich die Sozialisten-kammer im November 1913 ein Gesetz über den Mindestlohn erlassen.

entwurf angenommen, wenn die Zustimmung des Senats über ist.

Auch die Arbeiter der öffentlichen Betriebe müßten sich den Mindestlohn schaffen. Hier kann ein Streik bedenkliche Folgen für das öffentliche Wohl haben. Andererseits geht es aber nicht an, die Beschäftigten rechtlos zu lassen. Es muß also ein Ausweg gefunden werden, der beiden Seiten gerecht ist. In Kanada haben sich Angestellte öffentlicher Betriebe bei der Beilegung einer Untersuchungskommission anzuwenden, deren Urteil im letztemen auslagende ist. In Neuseeland ist das obligatorische Streikverbot gesetzlich beschlossen für alle eingeschriebenen Gewerkschaften eingeführt. Australien hat den Mindestlohn und die Lohn-kommissionen. Dieser Weg ist vielleicht der beste.

Geht es verständlich lassen sich diese Verfassungen auch für das technische Personal einführen. Sie sind für alle Berufe notwendig. Heute bestimmt der Kampf aller gegen alle den Arbeitspreis in Deutschland. Nur eine Änderung organisierter Arbeiter kann sich eine menschenwürdige Existenz sichern. Die gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird allen Arbeitern diese Wohlfahrt zuwenden.

Wahrung, Bauarbeiter! Am 14. April sind sämtliche Bauarbeiter und Zimmerer von Oslau und Umgegend ausgeperrt worden. Zugang ist dringend ferngehalten! Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Ausbruch der Berliner Kraftfahrzeugfahrer. Nach Feststellung der Streikleitung streikten Donnerstag 830 Kraftfahrzeug-Chauffeurs in 188 Betrieben. 83 Betriebe mit 560 Chauffeurs bewilligten die Forderungen der Angeestellten.

Belassung des Streiks in der Zigarettenindustrie. Wie die „Frankf. Zig.“ erzählt, sind die Zigarettenfabriken zwischen der Zigarettenfabrik Manoll. G. m. b. H., in Berlin und dem Aktivistverband beteiligt. Das entscheidende Schicksal steht im Augenblicke unklar. Es steht in den nächsten Tagen eine Veröffentlichung des Antitrustverbandes in Aussicht, wie verläuft, folgenden Inhalts:

„Nachdem Kommerzrat Mandelbaum die von ihm früher an die Tabakfirma Herzog in Budapest und Meyer in London verkauften 51 Prozent der Anteile seiner Manoll G. m. b. H. zurück erworben hatte, mußte weiterhin jeder Trust-Verdacht als unbegründet erscheinen.“

Ausperrung in Wiga. In der Ueberschuh-Abteilung der Gummivarfabrik Wrobinok und der Fabrik von Rosenkranz u. Co. ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Die Grubenarbeiter von Fortshre haben mit einer Mehrheit von 15.000 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Sport- und Körperpflege.

Der 8. Bundeskongress des deutschen Arbeiter-Sportvereins fand an den Osterfesttagen in Leipzig statt. Anwesend waren 80 Delegierte, drei Vorstandsmitglieder, der Obmann des technischen Ausschusses und der der Kontrollkommission. Betrieben war ferner der Arbeiter-Turner-, Radfahrer- und Schwimmer-Bund. Der Verhandlungsbericht erstreckt sich auf 1 1/2 Jahre. Die Mitgliederzahl beträgt 7311, darunter 6000 unter 18 Jahre. Bei der Agitation, so wird im Geschäftsbericht hervorgehoben, stöße man in weiteren Kreisen noch auf große Schwierigkeiten, nicht nur infolge der Macht der gegnerischen Verbände, sondern auch in der Arbeiterschaft selbst, die vielfach der Meinung ist, daß der Arbeiter-Sport überflüssig sei und der Partei nur Kräfte entziehe, während er in Wirklichkeit die Jugend erziehe und der Partei nicht schade. Das Bundesgeschäft habe sich gehoben. Der Umlauf sei in den letzten 1 1/2 Jahren auf 6956 Mark gestiegen. Die Sportzeitung des Bundes, „Die Athletik!“ hat eine Auflage von 9300 Exemplaren. Aus agitatorischen Gründen sei es nötig, Bezirke zu bilden und einige Kreise zu verschmelzen.

Die Gesamteinnahme in der Geschäftsperiode betrug 18 621,88 Mk., die Gesamtausgabe 15 836,65 Mk. Die Zeitung erforderte eine Ausgabe von 5783 17 Mk. Das Vermögen beträgt 8406,78 Mk.

Die Debatte über die beiden Berichte war sehr reger. Alle Anträge technischer Natur wurden dem technischen Ausschuss überwiesen. Angenommen wird ein Antrag auf möglichst Einschränkung der Wettstreite. Ein Antrag auf unbeschränkte Einstellung von Ehrenpreisen wird abgelehnt, und der Nürnbergervertrag: Stiftung von nur zwei Ehrenpreisen erneut bestätigt. Als Bundesstrainer für Leichtathletik wird Georg Sieber-Nürnberg bestimmt.

Nach einem Referat über die Reorganisation des Bundes wurde ein Antrag auf Einführung einer monatlichen Kopfsteuer von 16. Pa. und einer jährlichen Delegiertensteuer von 25 Pf. angenommen.

Ueber die „Zentralkommission und Ortskarte“ sprach Reichard Berlin von der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege. Er vertrat die Meinung, daß die Sportkarte die Vorläufer eines großen Sportverbandes sein, dessen kommen sicher sei, für den aber die Verhältnisse jetzt noch nicht reif sind. In der Diskussion betont Koppisch vom Arbeiter-Turnerbund, daß er im Grunde für jede Verschmelzung der Arbeiter-Sportvereine sei, aber der Arbeiter-Sportverein sei jedoch noch nicht reif für eine Verschmelzung mit dem Turnerbund. Die Einrichtung der Zentralkommission wie der örtlichen Sportkarte wird von allen Diskussionsteilnehmern begrüßt. Die Anträge in der Verschmelzungsfrage werden dem Bundesvorstande überwiesen. Eine Resolution des Bundesvorstandes, daß in einem Orte oder in einem Stadtteil nur ein Bundesverein bestehen dürfe, wird angenommen. Die Statutenänderungen werden in der vorge-schlagenen Fassung angenommen und treten 1. Juli 1914 in Kraft. Die provisorische Anstellung des Genossen Strauß als beschiedener Vorsitzender und als Redakteur wird vom Bundesrat nach lebhafter Debatte beschlossen. Als Gehalt werden 2200 Mk. festgesetzt. Als Kassierer wird Schöffer Maaburg wiedergewählt. Als Obmann des Technischen Ausschusses wird Haus halter-Ludwigshafen gewählt. Sitz der Ausschüsse bleibt Berlin. Mit einem Appell an die Solidarität der Sportgenossen wird der Bundeskongress geschlossen.

Jugendbewegung.

Arbeiterjugend. Die loben erläuterte Nr. 8 des letzten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Willkommen! Ein Aufruf an unsere schulenlassen Freundinnen und Freunde von Jüroen Brand. — Aus der Lebensgeschichte der proletarischen Jugendbewegung. (Schluß). Von Bernhard Dürr — Stärkenlegenden. Von Richard Weimann. — Zukunft. Gedicht von Martin Drecher. — Mit Pfeil und Bogen. Von Franz von Stüffli. (Mit Abbildungen). — Fersen und Reisen der Arbeiterjugend. Von H. Kämmer. — Gerade durch! Von H. Rasche. — Des Leulings Lebenschronik. Aus der Jugendbewegung. Die Begier an der Arbeit usw.

Oeffentl. Volks-Versammlung

Samstag, den 19. April, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margarethenstraße 17.

Thema: Das Bevölkerungsproblem in moderner Beleuchtung.

Referent: Stadt. Dr. Alfred Bernstein-Berlin.

Arbeiter, Klammengenossen, erscheint zahlreich! Bringt die Frauen mit! Freie Aussprache. Eintritt 10 Pfg. **Der Einberufer.**

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Wittwoch, den 22. April 1914, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf in den Dinkel-Hofmann-Werken.
 2. Weisung über die von der Ortsverwaltung bereits gezahlten Ergänzungsleistungen.
 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1914.
 4. Stellungnahme zum Gewerkschafts-Kongress.
 5. Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschafts-Kongress.
- Mitgliedsbuch und Streikmarke sind an der Eintrittskontrolle vorzulegen.

Die Ortsverwaltung.

Der Kampf gegen den staatlichen Gebärzwang

Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, den 23. April, abends 8 Uhr, in den Sälen des „Gewerkschaftshauses“, Margarethenstraße 17

Frau Louise Zietz aus Berlin in einer öffentl. Versammlung.

Freie Aussprache!

Su unserer Versammlung ist jedermann, besonders aber sind alle über 18 Jahre alte Frauen und Mädchen freundlichst eingeladen.

Freier Eintritt!

Die Einberuferin.



Freie Turnerschaft Breslau.

Samstag, den 19. April, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere

Quartals-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches und Bericht.
2. Bericht vom Bezirkskongress.
3. Vortrag.
4. Beschlüsse.

Eintritt nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte.

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Breslau Sektion d. Zement- und Betonarbeiter
Am Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 11:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Tarifpolitik des Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe.
2. Wahl des Kassierers.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Die Sektionsleitung.

Ausschneiden! Achtung! Ausschneiden!

Soziald. Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Im Monat April werden in nachfolgenden Distrikten Mitgliederzusammensetzungen abgehalten und werden die Genossen aufgefordert, sich die Anwesenheit zu sichern, um an der Versammlung teilzunehmen und wo sie stattfinden.

Sonabend, den 18. April, abends 8 Uhr:

1. Dist. 4 Rosenthal bei Laqua. Redner: Genosse Scholz.

2. Dist. 5 Genscht bei Grünau. Redner: Genosse Hentschel.

3. Dist. 20 Sachwitz bei Hoffmann. Redner: Genosse Hoppe.

4. Dist. 21 Neumarkt bei Freudenberger. Redner: Gen. Raitowit.

Sonntag, den 19. April, vorm. 9 1/2 Uhr:

1. Dist. 5 Carlowitz in Friedewalds bei Glaf. Redner: Genosse Stowig.

Sonntag, den 19. April, nachm. 3 Uhr:

1. Dist. 16 Stabelwitz in Marschwitz bei Müller. Redner: Genosse Stowig.

2. Dist. 23 Maltitz in Malschwitz bei Fiedorf. Redner: Genosse Raitowit.

Montag, den 20. April, abends 8 Uhr:

1. Dist. 6 Pörschitz bei 21 bei Wille. Redn.: Gen. Köhne.

2. Dist. 10 Grabschnitz bei 20 bei Knoll. Redn.: Gen. Stowig.

Dienstag, den 21. April, abends 8 Uhr:

1. Dist. 17 Pörschitz bei Folger. Redner: Genosse Stowig.

Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr:

1. Dist. 12 Maltitz bei Jung. Redner: Genosse Stowig.

Um pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Mitgliederzusammensetzungen sind bis jetzt von den 1. Dist. 4, 5, 6, 10, 12, 14 und 17 gemeldet.

Maifeste finden statt:

Sonntag, den 3. Mai, nachm. 3 Uhr:
In Sachwitz: Bei Fiedorf und Sternitz in Cosel.
In Kreis Neumarkt: Bei Weidner in Stabelwitz.
In Sachwitz bei Hoffmann, früher Gölje.

Sonabend, den 2. Mai:

In Neumarkt: Bei Fiedorf.
Programme à 10 Pfg. sind bei den Funktionären von Neumarkt und Breslau erhältlich zu haben.

Der Vorstand.



Die Gesangsprobe

braucht nicht auszufallen, meine Herren, wenn Sie sich angeben, Wypert-Tabletten bei sich zu führen und bei belegter Stimme oder rauhem Hals davon zu nehmen. „Es gibt kein besseres Mittel, um die Stimme sofort klar und frisch zu machen.“ Dies ist der Inhalt jaderloser Zeugnisse über die in ihrer Wirkung unerreichten Wypert-Tabletten, die in allen Apotheken und Drogerien 1 Mark pro Schachtel kosten.

108782

Ich wohne jetzt Königsplatz 7 1/2 San.-Rat Dr. Neumann

Kaufe gebr. Möbel

6. p. d. H. Fournelle, Lederstuhl, Umzug, ganze Wohnungs-Garnitur, best. Briefl. m. m. d. Wähler, Friedrichstr. 53a, Gartenstr. 86 1680

Billig! 675 Billig!

Schweinefleisch 60 u. 70 Pf. Rindfleisch 80 u. 90 Pf. ohne Knochen 1 Mt Paul Weidlich, Lobestr. 42. Telefon 4404.

Billige Kaninchen

und Rehtschfleisch 30 und 50 Pf. Rebhühner, Hirschfleisch, junge Gänse empf. e. h. Wiltbrandlung Hein, Viktorstr. 112.

„Triumph“ Cito

von 15 Mt. an. Neue Räder von 30, 50 Mt. an. Reparaturen schnell u. preiswert. Leihgeb. Garantie. Leihzahlung 16851

Tschechiner Fahrradhaus

Fritz Steinle, Striebsauerberg 12. Friedrich-Wilhelmstraße 106.

Frisch eingetroffen!

1. Melon-Quartalsmilch 1/2 Lit. 0.70 (bekannte Qualität) 1/2 Lit. 1.20 Mollere-Butter 1/2 Lit. 1.30 Mollere-Frischbutter 1/2 Lit. 0.80 2. verschiedene Eier 1/2 Lit. 0.85

Metropol

nur Schmeibende 29a.

Arbeitsmarkt

Lehrmädchen sucht Stellung in einem Wirtshaus. E. Göbke, Raßbachstraße 16.

Sojennäherin

in f. Schwabstr. 14, II. Et. Knauer.

Ohlau. Transport-Arbeiter.

Sonntag, den 19. April, nachmittags von 3 bis 5 Uhr: 685

Delegierten-Wahl.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen

Anzüge Bettbezüge, Teppiche

elegante Stoffe, prima Stoffe. [16379] Leihamt Altkörperstr. 17, I.

Henkel's Bleich-Soda

für den Hausputz

Sanitätsartikel

Bruchbänder, Leihbänder, Gradabalter 1. Schloßwachsende W. Fritz, Reuschestr. 36. 16075

Ropflanze Schnapp

u. deren Arm verfertigt 51. 50 Pfg. z. h. i. f. all Drogerien „Silva“, „Treff“, „Diana“-Drogerie 1647. Altkörperstr. 19, Braunkörperstr. 30 (Ede Biogener).

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand	17. April	16. April	15. April	14. April	13. April	12. April	11. April	10. April	9. April	8. April	7. April	6. April	5. April	4. April	3. April	2. April	1. April
17. 4.	1.94	2.85	2.37	0.99	3.80	3.86	4.70	—	1.40	1.16	1.58	1.24	0.7.				
16. 4.	2.00	0.94	2.30	0.15	3.50	1.80	4.58	2.33	1.28	1.03	1.08	1.26	0.75	1.1.			
Wärz	1.68	0.98	2.12	0.42	2.46	2.07	4.07	2.38	1.68	1.56	1.00	0.14	1.24	2.45			

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nachricht.	16. April	15. April	14. April	13. April	12. April	11. April	10. April	9. April	8. April	7. April	6. April	5. April	4. April	3. April	2. April	1. April
Baromet. (0.7)	+7.5	+7.5	+4.2	+7.5	+4.7	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9	+7.9
Temperat. (max)	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Temperat. (min)	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8
Windrichtung	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW	SW
Windstärke	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12	10-12
Wetter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt

Für Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Breslau.
Dienstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17:
Grosser Lichtbilder-Vortrag
„Die sächsische Schweiz in Wort und Bild“
100 Lichtbilder
Der Reinertrag ist für Ferienwanderungen armer Arbeiterkinder bestimmt.
Eintrittskarten à 15 Pfg. zu haben am Büfett und im Zigarrenladen des Gewerkschaftshauses, in der Expedition der Volkswacht, in den Gewerkschaftsbureaus, im Kaufhaus zur Weintraube, Ohlauerstr. 68; bei Gustav Tietze, Humboldtstr. 8, im Zigarrengeschäft von Homann, Grabschneiderstr. 41 und bei sämtlichen Mitgliedern.

Hitze-Hüte nur Albrechtsstr. 4
1. Viertel vom Ring.
Grosse Auswahl. Bekannt billige Preise. 15768

N. Steinitz jr.
57 Albrechtsstrasse 57
beste und billigste Bezugsquelle
für Herren- & Knaben-Garderoben.
678

V. Diepelt, Schneiderstr. Blücherstr. 21.
Anfertigung feiner Herrngarderoben.
Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben.
Berufskleidung für alle Gewerke
Prima Qualität, beste Arbeit. 79

Uhren, Ketten, Ringe,
Broschen, Ohrringe etc. 16070
nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.
Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. 39

Günther & Otto
Rohtabakhandlung
Breslau, Reuschestr. 51
(Nieboldpassage). 15778

Neu erschienen
in billiger Volks-Ausgabe:
Die Kommune
Roman von Paul und Viktor Marguerite.
Uebersetzt von H. Friede. Mit Einleitung von Herrm. Wendel.
Preis: früher broschiert Mt. 3.—, jetzt nur Mt. 1.—; gebunden früher Mt. 7.—, jetzt nur Mt. 1.50.
Der große Geldstempel der Pariser Kommune, den August Bebel 1871 im Reichstag ein Vorparlament der kommenden proletarischen Revolution nannte, entrollt sich in diesem Buch. Es ist ein Buch, das mitteilt, was aufwählt, das entflammend! Jeder Klassenbewusste Arbeiter sollte diesen Roman, der geschichtliche Treue mit spannendster Handlung vereint, tunken und lesen!
Bei Vorverkauf von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Vorz. Bei bestellen durch unsere Expedition und Kolporteurs.

Kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verleger. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
Wegungshalber vertriebene Möbel (stark zu verkaufen, Einbaumstr. 13, an Ge. Sporitzlegmann 10, III. Et. an 609)
Pommes! Junger fetter Fleisch, frisch unterjocht, billig, Ottostraße 16, Bamberger.
Der Wahre Jakob, Best. 10 Pf.
Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inferenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. April.

Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins.

Die Distriktsversammlungen (Zahlabend) am nächsten Montag sind sehr wichtig, weil über den Jahresabschluss unseres Vereins gesprochen werden soll, den Geschäfts- und Klassenbericht, den Bericht des Bildungsausschusses, der Kinderstiftungskommission, der Pressekommission und den Geschäftsbericht der „Volkswacht“. Weiter soll Stellung genommen werden zu den Wahlern zum Vorstand und den Kommissionen, ferner zum Antrag des Distrikts 14, das Vertretersystem aufzuheben. Alle diese Punkte stehen auf der Tagesordnung der Generalversammlungen, die am 29. April und 4. Mai im Gewerkschaftshaus abgehalten werden. Eine Vorrede in den engeren Parteikreisen ist nötig, weshalb jedes Parteimitglied im Zahlabend seines Distrikts erscheinen soll.

Stadtverordneten-Versammlung.

Im Verhältnis zu den letzten Debatten gingen die Beratungen der Stadtverordneten-Versammlung gestern recht flott vor sich, auch die Vorlage über die Familienzulage für städtische Arbeiter erledigte sich sehr rasch. Stadtverordneter Sande stellte sich zwar im allgemeinen freundlich zu der geplanten Zulage, brachte aber doch drei Bedenken vor, wegen deren er Ausschüßberatung wünschte. Seine Bedenken wurden sofort vom Stadtverordneten Neukirch zerlegt, der sie selbstverständlich auch für die Magistratsvorlage aus sprach, die Ausdehnung der Zulage aber auch auf Familien mit ein und zwei Kindern verlangte und weitere Verbesserungs-Vorschläge in Aussicht stellte. Er wolle deshalb den Staatsauschüß mit der Vorberatung der Sache betrauen, nicht die Ausschüsse I und II, die aus Juristen und Finanzleuten bestehen, also nicht die rechte Verbindung mit den Arbeiterbedürfnissen haben. Als Stadtverordneter Göhlich, seines Zeichens Fleischermeister auf der Oberstraße Nr. 6, bemerkte, das Pfund Fleisch koste jetzt 50 Pfennige, hat ihn Genosse Neukirch sofort um Angabe der billigen Adressen, er wolle ihm eine ganze Menge Rundschaft zuwenden. Auch Stadtverordneter Reiffert trat dem Stadtverordneten Göhlich entgegen, und die Vorlage ging, wie Genosse Neukirch es beantragt hatte, an den Staatsauschüß.

Der Oberbahnhofstunnel, der den Bewohnern der Kleitschauerstraße einen bequemen Zugang zur Stadt gewähren will, entziffelte noch einmal heftige Debatte. Die Eisenbahndirektion stellt noch zwei Lösungen anheim, von denen die eine — ein Tunnel mit Treppe im Westen des Bahnhofs — die teilweise Zustimmung des Referenten, Dr. Bujalowsky, fand. Im Gegensatz dazu hielten die Stadtverordneten Scharte, Hamburger I und Helke den ganzen Tunnel für viel zu teuer und zu unpraktisch und traten für die Aufgabe der ganzen Idee ein. Auch Stadtverordneter Schütz vertannte die Schwerkraft der Anlage nicht, wollte aber die oft geäußerten Wünsche der Oberbahnbesitzer nicht ohne weiteres übergehen, auch wenn sie Geld kosten; wir haben ja Tausende für die Plattenbrücke und 25.000 Mark für die Luftschiffbrücke! Stadtverordneter Schütz beantragte deshalb Durchsprechung der Sache im Bauauschüß; er fand dabei die Unterstützung des Stadtverordneten Hefschotzky und sein Antrag wurde schließlich angenommen.

Der glatte Fortgang der Arbeiten wurde sofort unterbrochen, als die Versammlung in der Sitzungspause die Verlesung der Tagesordnung in der Sitzungspause unterbrach. Das Bild ist immer noch das alte: Der Magistrat glaubt diese Straßenbahnschleife nicht ohne Benutzung von schottländischen Grundbesitz und nicht unter 161.000 Mark herstellen zu können; die Versammlung will die Sache billiger und auf dem eigenen Blase der Stadt vor dem Restaurant anlegen. Nachdem sich die Herren Melde, Müller, Schödel, Uhr gegen, die Herren Woblawer, Hefschotzky, Matting, v. Scholz, Milch, Helke für den Magistratsantrag erklärt hatten und ein Schlussantrag der weiteren Debatte ein Ende machte, wanderte die Vorlage wieder in die Ausschüsse zurück — man konnte aber bereits beobachten, daß sich ein erheblicher Teil der Stadtbäter im Stadium des Unfalls befand.

Die Versammlung schritt nun noch zur Wahl des neuen zweiten Stadtschulrats. Als solcher wurde mit 59 von 60 abgegebenen Stimmen der Direktor des Hochschulwesens in Düsseldorf, Zimmer, gewählt. Bei der Beratung der Vorlage, betreffend Weiterführung der Straßenbahn in der Dohrauerstraße, trat Stadtverordneter Schütz für die endliche Durchsetzung der Auguststraße ein, bei dem Dringlichkeitsantrag über die Neuanlage für die Schrebergärten am Schwabwasser wünschte Stadtverordneter Schölz Reservierung eines Platzes für das Licht- und Luftbad des Krankenkassenverbandes.

Nachdem nunmehr in der Tagesordnung etwas Lust geschaffen ist, wird man hoffentlich endlich zur Beratung der Arbeitslosen-Vorlage in einer der nächsten Sitzungen kommen.

Gewährung von Familienbeihilfen für städtische Arbeiter.

Der Referent Dr. Hauke (lib.) befragte die Annahme der Magistratsvorlage, obwohl im nächsten Jahre eine allgemeine Erhöhung der Beamteneinkünfte und der Arbeiterlöhne geplant ist. Die Not und das Elend der gering bezahlten städtischen Arbeiter kann auch in diesem Jahre durchaus nicht zweifelhaft sein. Fraglich ist nur, ob sich nicht die niedrig bezahlten städtischen Beamten dadurch benachteiligt fühlen und ob wir mit der Bewilligung der Familienunterstützung und der in Aussicht genommenen Erhöhung der Arbeiterlöhne einen Krieg in die Privatindustrie hineintragen. Der Referent ist im Prinzip für die Familienunterstützung, empfiehlt aber Ausschüßberatung.

Stadtverordneter (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage, denn sie bringt zahlreichen städtischen Arbeitern, die einen unzureichenden Lohn haben, die äußerst nötige Zulage. Der Herr Berichterstatter hat ja selbst zugegeben, daß hier über den Fortschritt vieler städtischer Arbeiter kein Zweifel bestehen kann und es eilt gewiß, ihnen zu helfen. Daß wir damit den Beamten zu nahe treten, das glaube ich nicht, denn selbst bei der Familienzulage ist der Einkommensabstand zwischen den beteiligten Arbeitern und den Beamten der untersten Besoldungsklasse noch recht bedeutend. Gegenüber der Ansicht, daß die Familienzulage mit steigenden Lebensmittelpreisen nicht beibehalten werden kann, muß ich sagen, es ist gar nicht nötig, noch höhere Lebensmittelpreise heranzuziehen; sie sind jetzt schon hoch genug, weshalb die Familienzulage ohne weiteres gerechtfertigt erscheint. Nach dem Reichsarbeitsblatt vom März 1914 ist aber das Fleisch im Jahre 1913 noch teurer geworden. Dann werfen wir mit der Familienzulage in die Privatindustrie sicherlich keinen Fankelstein, denn die Löhne sind dort allgemein höher, als in städtischen Betrieben. Ich bitte, die Vorlage nicht den Ausschüssen I und II zu überweisen, sondern dem Staatsauschüß, der darüber schon verhandelt hat. Im Ausschüß werden wir noch mancherlei Wünsche äußern. So wird zu prüfen sein, ob nicht für einen Teil der städtischen Arbeiter die Zulage schon vom ersten Jahre an zu geben ist, und wie ferner die Zulage gegen willkürliche Auslegung zu umgünstigen der Arbeiter zu sichern sein wird.

Stadtverordneter (lib.) befragte die allgemeine Erhöhung der Lebensmittelpreise. Das Fleisch ist überall billiger geworden. Williger wie jetzt, wo man ein Pfund für 50 Pf. erhält, kann es nicht sein. Und das ist für uns zu haben. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wo denn? Werbesfleisch!)

Stadtverordneter: Ich stimme dem Kollegen Neukirch zu. Die letzte Lohnserhöhung war im Jahre 1910 und seitdem sind die Lebensmittelpreise im allgemeinen sehr erheblich gestiegen.

Stadtverordneter (lib.) will nur von den diesjährigen billigen Fleischpreisen sprechen haben.

Stadtverordneter (Soz.): Ich glaube vom Herrn Kollegen Göhlich gehört zu haben, das Pfund Schweinefleisch koste jetzt in Breslau 50 Pfennige. Davon ist mir nichts bekannt. Vielleicht ist Herr Göhlich zu freundlich, um anzugeben, was Schweinefleisch für 50 Pf. zu haben ist. Wir könnten den fraglichen Fleischermeister viel Rundschaft verschaffen. Also bitte um die Adressen.

Fußgänger-Tunnel durch den Oberbahnhof.

Die Eisenbahnbehörde hat jüngst zwei neue Vorschläge für einen Fußgänger-Tunnel durch den Oberbahnhof gemacht, die jedoch vom Magistrat abgelehnt wurden.

Der Berichterstatter Stadtverordneter (Soz.) behandelte die Sache eingehend. Es ist dringend nötig, dort einen Fußgänger-Tunnel zu schaffen und bitte deshalb, den Tunnel an der Ostseite arbeitsmäßig zu genehmigen, im übrigen aber den Magistrat zu ersuchen, noch einige Bequemlichkeiten einzurichten.

Stadtverordneter (lib.) hält den Fußgänger-Tunnel, wie er vorgeschlagen wird, als überflüssig und ersucht, dem Magistrat zuzustimmen.

Stadtverordneter (lib.) stimmt dem Vortrager zu. Wenn ich Herr Bujalowsky die Sache angesehen hätte, dann würde er sagen, es ist schade um die Zeit, die wir deshalb hier verbringen.

Stadtverordneter (Soz.): Wir können gewiß dem Magistrat keinen Vorwurf machen. Was uns vorgeschlagen wird, ist nicht das, was wir wollen, ich bitte aber, die Angelegenheit dem Bauauschüß zu überweisen. Mit Herrn Bujalowsky können wir nicht einfach reden, die Eisenbahnbehörde wird das schon machen. Der liebe Herr ist wohl auch früher nicht gemollt haben, daß besser gebaut wurde. Wenn schlagenden Beweis dafür haben wir ja am Bau des Hauptbahnhofes; die Stadt mußte das nötige Geld für den Tunnel bewilligen weil die Eisenbahnbehörde sich weigerte, auch nur das geringste zu tun.

Stadtverordneter (lib.): Es lohnt kaum, über die Sache zu reden. Es ist ein Bedürfnis für den Tunnel nicht vorhanden, weil die Zufahrten von drei Grundstücken ausreichen; es liegt dort nämlich im Friedhof, das Gefängnis und das Irrenhaus. (Weiterkeit.) Der vorgeschlagene Tunnel ist außerdem ganz ungewöhnlich. Ich verfolge nicht, wie man deshalb den Landtag und den Minister in Verwirrung setzen konnte. Mir hat ein Bürger gesagt, machen Sie doch nicht diese Dummheit. Nehmen Sie die Sache flach ab, denn sonst kommt sie wieder, was bei der Fähigkeit des Referenten zu erwarten ist. (Starker Beifall.)

Stadtverordneter (lib.): Ich muß sagen, mir erscheint der Vorteil dieser Anlage gegenüber den Kosten als viel zu gering. Der Plan mußte gewiß etwas hinterwäldlerisch an; da sich aber viele Leute, auch bedeutende Leute, für die Sache begeistert haben, bitte ich, ihr nicht schon hier ein Begräbnis zu bereiten, sondern sie an die Ausschüsse IV und V zu überweisen.

Stadtverordneter (Soz.) als Berichterstatter verteidigt seinen Antrag. Wenn Sie wüßten, welche Beschwerden die Leute dort haben, würden Sie nicht ohne weiteres über die wichtige Angelegenheit hinweggehen. Die dortigen Hausbesitzer halten den Tunnel als eine bringende Notwendigkeit. Ich glaube, wir sind jetzt endlich zu dem Plan an der Ostseite gekommen, der brauchbar ist. Man spricht viel über die Treppe, die dabei nötig ist; aber man vergißt, daß sonst selbst von Kindern die Bahnübergänge benutzt werden müssen. In Versammlungen, die von allen Parteien besucht waren, ist der Tunnel gefordert worden. Sie können die Vorlage ablehnen, müssen aber doch zugeben, daß der Tunnel endlich kommen muß. Die Vorlage wird den Ausschüssen II und V überwiesen.

Von einer neuen Straßenbahnlinie.

Der Berichterstatter v. Hochow (Soz.) empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage, die den Bau der Straßenbahnlinie in der Dohrauerstraße, abweichend von der Lehmgrabenstraße bis zum Helmuthstraße und die Herstellung einer Gleisverbindung dieser neuen Strecke durch die Steinstraße mit dem Straßenbahnhof in der Lohstraße vorsieht, an den Bauauschüß. Er beschwerte sich dabei über die immer noch nicht erfolgte Durchsicht der Bauaufträge, was eine große Empörung unter der dortigen Bevölkerung hervorruft. Genosse Schütz unterrichtete diese Beschwerden und wünschte halbtägige Wachen des jetzigen Zustandes, der Mißstände ja immer Art im Gefolge habe.

Neue Schrebergärten-Anlage.

In einem Dringlichkeits-Antrage fordert der Magistrat 5900 Mark für Einrichtung einer Schreber-Anlage an der Schwabwasser-Graben. Diese Anlage soll als Ersatz für die durch die Ober-Regulierungsarbeiten in Wegfall kommenden Schrebergärten in Wilhelmstraße dienen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Bei dieser Gelegenheit hat Genosse Schölz für ein erst eingehendes Besuchen des Ortsrentner-Vereins um Ueberlassung von Gelände für ein Licht- und Sonnenbad um wohlwollende Berücksichtigung.

Mulderbootbau für höhere Schüler.

Stadtverordneter (lib.) bittet die Mittel für einen Umbau zu bewilligen, da es die weitere geforderten Mittel für einen Ausbau zu verlagern. Es sei fraglich, ob es eine glückliche Idee ist, den Mulderbootbau in den Genuß zu ziehen, als es die Vorlage mit sich bringt. Wenn man bedenkt, daß von jeder höheren Lehranstalt nur 4 oder 8 Schüler die Einrichtung der sogenannten Schüler-Mulderbootbau benutzen können, so liegt darin eine Verwässerung eines Teiles der Schüler. — Die Vorlage geht auf Bewilligung des Referenten und des Bürgermeisters an die Ausschüsse III und V.

Kleine Vorlagen.

Ohne Debatte wurden angenommen: die Bewilligung von 3750 Mark zur Renovation der Straße zu Herrnstrasse.

2000 Mark als Beihilfe für eine Heizungsanlage in derselben Kirche; die Genehmigung zur Einleitung des Enteignungsverfahrens zur Abschaffung verschiedener Vorgärten auf der Gräbigerstraße; 1000 Mark Beihilfe für den in diesem Jahre hier stattfindenden Turnfest; der freiwilligen Feuerwehr in Luzine eine Beihilfe von 100 Mk. und für den Bau eines Pächterwohnhauses in Luzine 27.000 Mark; die Errichtung einer Schuhhalle im Golezer Parkwald; die Anlegung von vier Brunnen auf dem Grundstück des Gasanfalls in Türring; die Anlegung eines Hofvorbaus für die Anlegung des städtischen Teiles der Leisingstraße; die Zulassung von Krankengeld an die Lehrer und Lehrerinnen; der Anlauf eines 15 Morgen großen Grundstücks in Litzow; die Mehrkosten für Anschaffung von 22 Motorwagen der städtischen Straßenbahn; die Gewährung eines Darlehns an die Diakonissenanstalt Bethanien; die Verpachtung von Staatsmitteln; 600 Mark für die Beteiligung an der Gartenbau-Ausstellung in Atona; der Ankauf von Straßenland auf den Grundstücken Tauengiersstraße 127/137 zum Preise von 15.000 Mark; und mehrere andere kleinere Vorlagen.

„Volkswacht“-Agitation in der Scheiniger Vorstadt.

Die Werbearbeit für unsere Presse ist an eine bestimmte Zeit nicht gebunden; jeden Tag sollten unsere Mitglieder und Leser benutzen, um unsere Kampfschriften zu stärken. Besonders große Erfolge aber sind immer dann zu verzeichnen gewesen, wenn sich die schamacherischen Geister bis zur Verzückung steigerten, wenn Polizei und Gerichte weilserten in der Verfolgung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei.

Deshalb laden wir alle Parteigenossen ein, teilzunehmen an einer Agitation für die „Volkswacht“, die Sonntag, den 19. April vom Lokal: Strichstraße 68 aus unternommen wird. Die Ausgabe des Materials beginnt um 8 Uhr morgens, doch finden auch später kommende Helfer noch Arbeit.

Herren-Wanderungen für arme Arbeiterkinder will die fleißige Ortsgruppe des Touristen-Vereins „Naturfreunde“ während der diesjährigen großen Sommerferien zum ersten Male veranstalten. Um einen Teil der hierzu notwendigen Mittel aufzubringen, veranstalten die Naturfreunde am nächsten Dienstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses einen Lichtbilder-Vortrag, in dem den Besuchern die Schönheiten der schweizerischen Schweiz vor Augen geführt werden sollen. Mit Rücksicht darauf, daß der gesamte Reinertrag dem oben genannten Zweck zugeführt wird, ist ein Besuch dieser Veranstaltung durchaus zu empfehlen. Der Eintritt beträgt pro Person 15 Pf. Wo Eintrittskarten zu haben sind, sagt das Inserat in der heutigen Nummer.

Vom Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Nach dem jetzt vorliegenden Jahresbericht sind 1913 beim Gewerbegericht 2072 Klagen eingegangen, 100 mehr als im Vorjahre. Sechsmal wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angeufen. Das Kaufmannsgericht hatte sich mit 872 Streitfachen zu beschäftigen; das sind 52 mehr als 1912. Auf Einzelheiten des Jahresberichtes kommen wir morgen zurück.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteilungen aus den Direktionsbüros: * Radrennbahn Grünheide. Die vier Konkurrenten um den Großen Frühjahrspreis von Breslau, Günther-Röll, Maugel-Franz, Dickmann-Polland, Thomas-Breslau sind mit ihrem umfangreichen Schrittmacherautoparat in Grünheide eingetroffen, wo sie auf der Radrennbahn bereits ihre Quartiere bezogen haben. Von nachmittags 5 Uhr ab werden die Fahrer heute Freitag das offizielle Training fortsetzen. Es allen vier Fahrern die Grünheider Rennbahn wohl bekannt ist, so wird es nur weniger Kunden bedürfen, um sich rasch wieder einzuleben. Auch das morgige Training beginnt 5 Uhr nachmittags.

Stadt-Theater. Heute findet eine Aufführung von Verdi „Rigoletto“ mit Segmund Peder in der Titelpartie statt. Als Gilda gastiert Frau Eläre Probst-Rischke vom Stadt-Theater in Aufführung Engagement. Den Dergo singt Paul Hochheim, den Sparafucile Julius Wilhelm und die Magdalene Lotte Lörmal. Es gelten ermäßigte Kassenerpreise. Am Sonnabend wird zum letzten Male in dieser Saison „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“ gegeben. Sonntag nachmittags um 8 Uhr „Parfital“ mit Paula von Florentin-Weber, John Gläser, Siegmund Peder, Laurentz Pieroth und Quas Gruber-Guntrau in den tragenden Partien. Montag folgt als dritte Vorstellung im Wagnerzyklus „Lohengrin“.

Opern-Theater. Heute Freitag 7 1/2 Uhr: „Als ich noch im Flügelkleide...“ Sonnabend 7 1/2 Uhr geht die letzte Novität dieser Saison, das Lustspiel „Kammermusik“ von Heinrich Illgenstein, von Herrn Reinhold Lehndorff inszeniert, in Szene. Die Hauptrollen spielen die Damen Urban Strohm-Umbrohn, und die Herren Direktor Pirron, Waldmann und Halpern. Sonntag nachmittags 8 1/2 Uhr wird zum letzten Mal in dieser Saison Schnitzlers „Professor Bernhardt“ bei halben Abendpreisen gegeben, abends 7 1/2 Uhr wird „Kammermusik“ um 8 Male gegeben.

Im Thalia-Theater wird heute Freitag 7 1/2 Uhr als Vorstellung für den Summloverein „Die rote Kabe“ von Breuer gegeben. Sonnabend 7 1/2 Uhr geht als 2. Vorstellung der Gruppe L. „Die Welt ohne Männer“ in Szene. Sonntag abends 7 1/2 Uhr gelangt „Al-Heidelberg“ zur Aufführung.

Opern-Theater (Operetten-Bühne). Heute Freitag und morgen Sonnabend wird die neue Operette „Der Fitzinger prima“ gegeben, die auch bei den bisherigen Wiederholungen stets großen Beifall fand. Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen „Der liebe Augustin“. Sonntag abends gelangt nach längerer Pause die beliebte Operette „Die Kinschütz“ zur Aufführung. Montag „Solentblut“ Dienstag „Luzifers Weibchen“.

Ringsämpfe im Felsgarten. Donnerstag war bei Beginn der Ringkämpfe das Haus ausverkauft. Im Entscheidungskampfe siegte der Maschierte gegen Secundo in 47 Minuten durch Ausschlagen mit Mähle. Der Kampf zwischen Vaer gegen Schmidt blieb nach 20 Minuten unentschieden. Dann siegte Destrück über Schmidt durch Annahmegriff am Boden in 14 Minuten. Der Kampf gegen Schmidt gegen Vaer, Kara III gegen Secundo, Schmidt gegen Schmidt im Entscheidungskampf. Das neue Variete-Programm fand durchweg eine freundliche Aufnahme.

Konkurs der 'Schwarzen Kräfte'. Die Brauerei 'Schwarzen Kräfte' am Neumarkt, die zu den ältesten Breslauer Brauereien zählt, ist in Konkurs geraten. Im Jahre 1909 ging die Brauerei in die Hände des Meisters Hermann Heiß über und zwar für den Preis von 265.000 Mark, auf den der neue Besitzer sofort 60.000 Mark anzahlte. Unter dem Druck der Verhältnisse ging die alte Brauerei immer mehr zurück, bis endlich am 28. März d. J. auf Antrag des Geschäftsführers Neumann der Konkurs eröffnet wurde. Am 15. d. M. fand die erste Gläubigerversammlung vor dem hiesigen Amtsgericht statt, die sehr spärlich besetzt war, da die Gläubiger, soweit sie nicht durch Sicherungshypotheken gedeckt sind, keine Hoffnungen hegen. Nach dem Bericht des Konkursverwalters Johannes Worneng steht die Sachlage ziemlich hoffnungslos aus. Heiß, der früher vermögend war, litt an dauerndem Mangel an Mitteln, der immer nur vorübergehend durch neue Belastung der Grundstücke beseitigt wurde, bis der Inhaber eine Stellung in dem Engagement des früheren Brauereimeisters Neumann zu finden gehofft hatte, der auf Sicherungshypothek 30.000 Mark bezog und von nun an als Geschäftsführer fungierte. Verschiedene Differenzen zwischen Heiß und ihm zerrissen das Verhältnis und er schied aus, forderte sein Geld zurück und strengte schließlich das Konkursverfahren durch seinen Vormund, da er selbst entmündigt ist, an. Heiß hatte einmündig dem Konkursverwalter, daß dem N. das Vorkaufsrecht an der 'Schwarzen Kräfte' eingetragen wurde. Dieser Umstand erschwerte jetzt die ganze Sachlage. N. tritt sein Recht nicht ab, bevor er befriedigt ist, und die vorhandenen zahlreicheren Käufer scheiden zurück vor der hohen Kaufsumme, mit der das Vorkaufsrecht des N. ausgeht. Ware Mittel stehen zum Zwecke eventueller Prozeßführung dem Konkursverwalter nicht zur Verfügung, da die Brauerei- und Schankstubeineinrichtung rechtlich zum Grundbesitz gehören und die Privatwohnung des Gemeindeführers total ausgepfändet ist. So ist für die nicht hypothekarisch gesicherten Schulden in Höhe von 288.000 Mark absolut keine Deckungsquelle vorhanden. Aus diesem Grunde verzichtete die Gläubigerversammlung auf die Wahl eines Gläubigerausschusses und überließ dem Konkursverwalter die weiteren Maßnahmen. Der Betrieb der Brauerei ist seit Februar eingestellt. Als Käufer kommen mehrere hiesige Brauereien in Frage.

Wortzüge. In der Zeit vom 10. bis 14. April sind aus einer Bodenammer, die erbrochen vorzufinden wurde, gestohlen worden: 1 Kesselforb, 3 schwarze Muffen, 1 schwarzer Winterübergießer, 1 braune Winterjoppe, 1 blauer Perrenzock, 1 graue und 1 blaue Knabenbluse, 1 weißer Strohhut und mehrere Schuhmacherleisten. — In der Nacht zum 16. April ist ein Arbeiter in ein Lokal auf der Frankfurterstraße eingebrochen und hat dort Kisten und Getränke gestohlen.

Bahnstahldiebstahl. Einem Arzt aus Berlin, der auf dem hiesigen Panitzschhof eine Fahrkarte löste, ist eine gelb-graue Doppeltasche gestohlen worden, die einen schwarzen Rockanzug, Mäntel und verschiedene Toilettengegenstände enthält, ferner ein Paket in grauem Papier mit mehreren Büchern, alles zusammen im Werte von 200 Mk. Der Rockanzug trug die Firma 'Landsberger, Berlin'.

Wahndiebstahl. Von einem Koffwagen wurde am 11. April eine Kiste mit Käse im Werte von 9 Mark gestohlen. Es gelang jedoch, den Täter, einen Arbeiter von der Vincenzstraße zu erwischen, und ihm die gestohlene Kiste abzunehmen.

Bestohlene Kleidungsstücke. Ein Galawirt machte am 15. v. Mts. die Bekanntheit einer Frauensperson, beluchte mit ihr zusammen mehrere Cafés und meisierte sich schließlich mit ihr in einem hiesigen Hotel ein. Als er eingeschlafen war, entwendete die Person ihm seine silberne Perrenzmontur mit goldener Uhrkette und etwa 10 Mark bares Geld und ist damit verschwunden.

Schlesien und Posen.

Ein Beitrag

zur gesicherten Existenz des deutschen Arbeiters.

Am zweiten Feiertage wurde von Kindern in den Wäldern des Lagenberges bei Waldenburg eine Leiche an einem Baume hängend aufgefunden. Es handelt sich um den fünfzig Jahre alten Berginsaliden Julius Böhm aus Weisstein. Böhm war auf dem Hans-Deinrich-Schacht in der Lampenbude beschäftigt und wurde seit Mittwoch voriger Woche vermißt. Ueber den Grund zu der Tat berichtet die 'Bergwacht': Böhm ist seit 1895 infolge eines erlittenen Unfalls Invalide. Er bezieht 18,50 Mark Invalidenrente und 6 Mark aus der König-Friedrich-II.-Stiftung, zusammen also 24 Mark. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes mußte er oft krank feiern, was für ihn einen großen Verlust bedeutete, da er als Invalide kein Krankengeld bezog. Bekanntlich müssen sich alle Invaliden, wenn sie auf der Grube Arbeit erhalten wollen, erst von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen. Sein Vorgesetzter scheint jedoch den kranken Zustand des Mannes nicht berücksichtigt zu haben, da er ihm oft Vorwurfe gemacht haben soll, daß er keinen Monat voll arbeite. Als sich vorige Woche Böhm wieder zur Arbeit meldete, erhielt er von seinem Steiger die Antwort: 'Er solle hinsehen, woher er gekommen ist!' Zu seinem sonstigen Leben kam also noch die Arbeitslosigkeit und damit Sorge und Leid. Das scheint sich Böhm zu Herzen genommen und ihm die Freude am Leben vollends genommen zu haben. Bei seinem Weggange äußerte er zu seiner Frau: 'Er brauche jetzt nichts mehr!'

Ja, ja, es ist etwas Schönes und herrliches, die gesicherte Existenz des deutschen Arbeiters bis in das spätere Alter.

Todesfall. 17. April. Aus Lebenspefahre gerettet. Mittwoch nachmittag entstand aus unangefangener Ursache in dem großen dreistöckigen Hause des Bäckermeisters Kempe an der Längten Straße Feuer. Dichte Rauchwolken und helle Flammen schlugen unter dem Dach hervor. Als das Feuer bemerkt wurde, waren die Treppen bereits derart verqualmt, daß eine Frau mit ihrem Kinde und ein Mann durch die Feuerwehr über Leitern gerettet werden mußten. Die Mehrzahl der Bewohner war vom Hause abwesend. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Viele Sachen sind verbrannt, auch hat das Mobiliar zum Teil durch Rauch und Wasser gelitten.

Schweidnitz. 17. April. Wegen Nahrungsmittelfälschung verurteilt. Wegen Nahrungsmittelfälschung hatte sich der Kaufmann Artur Böhm in Schweidnitz, der auch in Glogau und Ratibitz Geschäftsbetriebe unterhielt, vor dem ersten Strafhammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Böhm ist wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz bereits mit 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor einiger Zeit erwarb die Witwe Warenwagen aus seinem Schweidnitzer Geschäft, Wolltuche und Wolle. Es ergab sich, daß Böhm Fische, die bereits in Bewegung übergegangen waren, in voller Kenntnis ihrer Unbrauchbarkeit zu kaufen und dann verkaufen ließ, wobei er der Verkäuferin die Annahme gab, solche Fische billiger zu verkaufen. Böhm wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Schweidnitz. 17. April. Verhaftung eines Mordwebers. Aufsehen erregt die auf Veranlassung der Militärbehörde verhängte Verhaftung des Mordwebers Wabina vom 10. Grenadierregiment. Wabina soll dabei, die es zum Vergleich von Rechnungen aus der Kompaniekasse erhielt, für ein verwendet haben.

Cottbus, 17. April. Des zur Jagd gehörte. Vermordete. Durch die börsenliche Presse ging schon seit circa 14 Tagen eine Notiz von einer dunklen Geschichte — auch von uns wurde die Notiz übernommen —, wonach ein Reisender aus Cottbusberg (pulslos) verschunden sein sollte. Das angebliche Verbrechen des Reisenden wurde mit dem Mörder Lippol in Verbindung gebracht. Der Buchhändler Robert Erdert aus Cottbusberg, um diesen handelt es sich, ist jetzt wohlbehalten von seiner Reise zurückgekehrt und war bei seinem Eintreffen sehr erstaunt über die Gerüchte, die sich an seine Abwesenheit geknüpft hatten.

Schwer bestrafter Uebermut. Auf der Kreischaussee von Neu-Crausendorf nach Neu-Juliansdorf stetzte Sonntagabend der 21 jährige Bergmann Dacke aus Uebermut an einem elektrischen Mast die Licht- und Kraftleitung bis zu den Drähten empor und berührte die Drähte. Vom elektrischen Schlag wurde er zu Boden geschleudert. Er hatte viele Brandwunden erlitten und ist durch den Sturz auch innerlich schwer verletzt worden, so daß die Ueberführung in das hiesige Krankenhaus dringend erforderlich war.

Vollenhain, 17. April. Vom Raubmörder Lippol. Die Verfolgung des Raubmörders Lippol hält nach wie vor die ganze Bevölkerung in und um das Waldenburger Revier in Erregung. Auf der Jagd nach dem Mörder wurde dieser Tage die ganze Stadt Vollenhain mobil gemacht. Darüber berichtet die 'Breslauer Zeitung':

'Dort ertönten mittags die Feuerhörner durch die Straßen der Stadt und veranlaßten das Zusammenströmen großer Menschenmengen, denen als Ursache des Alarms angegeben wurde, daß sich der gefährliche Raubmörder in den Waldungen um Schweinhäuser aufhalte. Die Feuerwehr rückte sofort auf Automobilen und Wagen zu einer Raststätte in das besetzte Revier, doch auch diesmal waren alle Nachforschungen vergeblich. Am zweiten Osterfeiertage wurde im Kirchbergrestaurant in Friedland, Kreis Waldenburg, ein Großbräu aufgefunden, nach dessen Inhalt Lippol der Schreiber sei und anfänglich, daß er eher ganz Friedland in die Luft fliegen werde, ehe seine Verhaftung gelinge. Es ist jedoch anzunehmen, daß es sich um einen skandalösen Scherz irgend einer anderen Person handelt, der um so bedauerlicher ist, als sich die Bewohnerschaft obneht in der Erwartung befindet, daß die polizeiliche Fehlschlag alle Nachforschungen der Behörden. Viel Unmut erweckt es, daß von amtlicher Seite so wenig geschieht, um die Öffentlichkeit für die Verfolgung des Mörders zu interessieren. So ist auch eine Verbreitung des Bildnisses des Lippol bisher nicht unternommen, obwohl eine Photographie desselben vorhanden ist und von privater Seite in einem Schaufenster ausgestellt wurde. Auch ist es unverständlich, daß die vom Regierungspräsidenten ausgesetzte geringe Belohnung von 600 Mark auf die Ergreifung des Raubmörders noch nicht erhöht wurde, angesichts der löhrenden Belohnung und des Schreckens der Bewohner der Landchaft, namentlich in geräumten Dörfern und auf vereinsamten Gehöften.'

Glogau, 17. April. Ein nobler Kunde. Ein Dachdeckermeister hatte vor kurzem Arbeiten bei dem Bäckermeister und Stadivordneter Krause ausgeführt. Als er seine Rechnung präsentierte, machte der wohlhabende Bäckermeister dem rebellisch um seine Ergänzungen ringenden Dachdecker den Vorwurf, daß er die Ware von ihm zu holen lieber diese sonderbare Begleitung war der Dachdecker mit Recht empört, denn er soll, um zu seinem Gelde zu kommen, den meisten Weg solange vom Dom nach der Altstadt machen, bis die Rechnung erledigt ist. Mit Brot und Semmeln kann der Dachdecker aber unmöglich seine Lieferanten bezahlen! Das nennt man dann Unterstützung des Mittelstandes und Sebung des Handwerks. Bei dieser Angelegenheit handelt es sich um zwei unentwegte Feindesfeindlichkeiten, die den Wund nicht voll genug gegen die Sozialdemokraten nehmen können.

Glogau, 17. April. Ein entmenschter Vater. Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens in sechs Fällen und Mißhandlung in einem Falle hatte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Gelegenheitsarbeiter Hermann Jahn aus Freystadt vor dem hiesigen Strafhammer zu verantworten. Der 54 Jahre alte, dem Trunk ergeben Angestellte, fing mit seiner Ehefrau Streit an, weshalb diese die Wohnung verließ. Nun fiel der Unmensche über seine drei Töchter her und veranlagte sich an ihnen in schwerster Weise. Die Kinder machten bei der Verhandlung von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch; der Wärling stand aber seine Verbrechen ganz kalblütig ein und wurde vom Gericht zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Glogau, 17. April. Der zweigleisige Ausbau der Strecke Breslau — Glogau ist jetzt bis Raubden vollständig fertiggestellt. Am Dienstag fand die feierliche Uebernahme der Strecke Steinau — Raubden statt, ihre landespolizeiliche Abnahme erfolgte Mittwoch. Wie verlautet, soll die Leitstrecke am 1. Mai cr. in Betrieb genommen werden.

Glogau, 17. April. Krieg im Frieden. Wegen eines Mädchens kam es in einem Gasthause in Salbendorf zwischen Soldaten vom 88. Infanterie-Regiment zu einem regulären Gefecht, wobei einer der Teilnehmer getötet und sechs schwer verwundet wurden. Die Einrichtung des Gasthauses ging dabei in Trümmer. Mit Bierkrügen warfen die Soldaten die Fenster ein. Als der Wirt um Hilfe telephonieren wollte, erschlugen sie auch den Telephonapparat und mißhandelten den Wirt sowie einen anderen Zivilisten schwer. Ein vorüberfahrender Kutschfahrer wurde vom Rabe gerissen und ebenfalls schwer mißhandelt. Die Täter konnten schließlich festgenommen werden.

Von anderer Seite wird zu dem schweren Ereignis gemeldet: Zu einem schweren Ereignis durch angetrunkene Soldaten kam es, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht zum 14. April in der Glogauer Vorstadt Salbendorf. Dort hatte eine größere Anzahl Urlauber und Glogauer Gastarbeiter und es entspann sich vor dem ehemals Kauerischen Gasthause ein blutiger Streit. Flaschen, Gläser und Möbelstücke blieben an Wänden. In wenigen Minuten hatte eine große Anzahl Personen schwere Verletzungen erlitten. Schließlich richtete sich die Wut der Ausschreitenden gegen das Gasthaus selbst. Mehr als 50 Fensterscheiben wurden eingeschlagen, die Fensterrahmen demoliert, Gläser, Geräte und Möbel zerstört. Hierbei erlitten zwei Soldaten so schwere Verletzungen, daß sie in das Lazarett überführt werden mußten. Einer hat sich die Pulsader geschnitten, ein anderer ein Bein gebrochen. Auch eine ganze Anzahl Zivilpersonen ist zum Teil schwer verletzt.

Glogau, 17. April. Der Schießprügel. Im ersten Osterfeiertage nachmittag erschob aus Unvorsichtigkeit seit der 20 jährige Wirtshausbesitzer Valentín Petzold aus Orles-Niedau seine Gattin, die 22 jährige Landbesitzerin Juliana Dalz zu Orles-Niedau den Mord. Der bedauernswerte Wirt hat sich auf dem Hofe der Geschlossenen abgesetzt.

Wosau, 17. April. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Bahnhof Wosau. Der in der Poststraße wohnhafte Kanalarbeiter Julius Gedenburg geriet beim Rangieren eines Güterzuges unter die Räder, wobei ihm ein Arm abgerissen und das linke Bein mehrmals zerbrochen wurde. Wen die Schuld an dem folgenschweren Unfall trifft, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Verunglückte war am 1. April 15 Jahre im Dienst.

Glogau, 17. April. Der Leinwandhändler. Der Leinwandhändler...

paraffiniertes und geringfügigem Anlaß ein Streik, im Verlaufe dessen der Arbeiter Anton Maciejowski dem Maurer Georg Pieske mit einer gefüllten Flasche einen mächtigen Schlag über den Kopf verleihte. Die Angelegensweise geschilderte und brachte dem B. deraufschwere Verletzungen bei, daß er sofort in das Krankenhaus überführt werden mußte. Hier ist er seinen Verletzungen erlegen.

Katze, 17. April. Ein Sozialdemokrat darf nicht Gemeindevorsteher sein. Bei der am Dienstag, den 24. März, stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl in Brückenkopf bei Katze a. d. Nege, Provinz Posen, wurde ein Genosse mit 9 gegen 8 Stimmen in der dritten Abstellung gewählt. Als nun der Ortsvorsteher das Resultat persönlich dem Landrat mitteilte und von dort zurückkehrte, wurde auf einmal im Dorfe das Gerücht verbreitet, daß das Mandat unseres Genossen für ungültig erklärt worden sei. Tatsächlich ist auch bereits eine Neuwahl ausgeschrieben worden. Unser Genosse hat sich daraufhin beim Ortsvorsteher nach dem Grunde der Aberkennung seines Mandats erkundigt und da wurde ihm gesagt, daß zwei Gemeindevorwähler gleichen Namens in der Gemeinde wohnen und man daher nicht wissen kann, welcher gewählt sei. Der wahre Grund scheint jedoch der zu sein, daß der Gewählte ein Sozialdemokrat ist. Unsere Genossen werden durch diese den Beweis der Gültigkeit der Wahl und der Ungültigkeit der zweiten Wahl erbringen.

Bilshausen, 17. April. Die unbrauchbaren Todesangstigen. Hier wurde ein verspäteter Urlauber auf Braunschweig anhalten, der es vorgezogen hatte, in seinem Heimatort bei Bilshausen zu bleiben. Bei seiner Festnahme stellte es sich heraus, daß er sich mit Selbstmordgedanken trug, welche auf eine Liebesaffäre zurückzuführen sind. Originell bei der ganzen Sache ist, daß der Selbstmordbedenkliche eine Angehöriger eines hiesigen Eisenbahnbetriebs war. Er wurde im Namen seiner Angehörigen mitgeteilt, daß er am 14. d. Mts. verstorben sei und die Beerdigung am 18. d. Mts. 'Stunde nach eurem Verleihen' stattfinden werde. Er kam jedoch nicht dazu, seinen Entschluß auszuführen, da ihn die Polizei erwischte und seinem Regiment zufandte.

Neueste Nachrichten.

Die Verhaftungen in Luxemburg.

Luxemburg, 17. April. Der gestern wegen eines Gefechtes auf offener Straße verhaftete Deutsche heißt Wobeser, er stammt aus Trier und ist ein ehemaliger deutscher Kavallerieoffizier. Seine beiden deutschen Begleiter, die sich vollständig korrekt benommen hatten, wurden auf freiem Fuß gelassen. Sie begleiteten den Verhafteten auf die Polizeiwache und leisteten eine Kaution von 150 Mark für ihn, worauf er vorläufig wieder aus der Haft entlassen wurde.

Ein Opfer der Fremdenlegion.

Breslau, 17. April. Ein 17 jähriger junger Mann aus Breslau ist in die französische Fremdenlegion verschleppt worden. Es handelt sich um den Stahlschweiger Max Martin, den Sohn eines Eisenbahnarbeiters. Nachdem der Sohn ein halbes Jahr lang keine Nachricht gegeben hatte, erhielten die Eltern jetzt einen Brief aus Alger mit der Bitte, daß der Vater alles versuchen möge, ihn aus der Fremdenlegion, in die er verschleppt worden sei, wieder zu befreien. Der Vater will sich durch die Vermittelung der sächsischen Regierung an das konsularische Amt in Berlin wenden.

Die Aussichten Caillaux'.

Paris, 17. April. Der Tag der Kammerwahlen steht vor der Tür und die Kandidaten verstopfen ihre Anstrengungen mit besonderem Interesse wird beaufsichtigt von allen Seiten die Wahl Caillaux' und seine Aussichten in seinem bisherigen Wahlkreis verfolgt. Seine Gegner hatten sich besänftigt durch Hoffnung hingeeben, daß es gelingen würde, Caillaux aus seinem Wahlkreis zu verdrängen, den er seit 1898 ununterbrochen innehat. Diese Hoffnung hat sich jedoch als trügerisch erwiesen, wie der 'Matin' heute selbst sagt, gleich die Reise Caillaux' in seinen Wahlkreis einem Triumphzuge. Seine Wähler werden in ihm das Opfer der Mächte seiner politischen Gegner und bringen ihm in jeder Versammlung Ovationen dar. Es kann unter diesen Umständen gar keinem Zweifel unterliegen, daß Caillaux auch diesmal mit herrlicher Mehrheit gewählt wird, zumal sein Gegenkandidat Herr Villiers in Betracht dieser Verhältnisse keine ernstlichen Anstrengungen macht.

Die Wahlen in Schweden.

Stockholm, 16. April. Nach den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen sind bisher in die Zweite Kammer gewählt: 61 Mitglieder der Rechten, 55 Sozialisten, 40 Liberalen. Die Rechte gewinnt 15, verliert einen, die Sozialisten gewinnen 9, verlieren 2, die Liberalen verlieren 20 Sitze. Die früheren liberalen Minister Schotte und Petren wurden wiedergewählt.

Die dauerhafte Entente cordiale.

London, 17. April. Die heute früh erscheinenden 'Times' veröffentlichten ein erster Stelle einen längeren Artikel über die Entente cordiale aus der Feder des früheren französischen Ministers des Auswärtigen, Michon. Dieser erklärt u. a.: Die Bündnisse sind nur das Resultat der Interessiertheit der Mächte, die diese Bündnisse abschließen, und haben nur so lange politischen und dauernden Wert, als diese Interessengemeinschaft anhält. Man kann nur sagen, daß England, Frankreich und Rußland von diesem Gesichtspunkte aus dauernd gemeinsame Interessen besitzen. Sie sind durch viel tiefer liegende Bande politischer und auch persönlicher Natur miteinander verbunden als die Mächte des Dreiebundes.

Quarta gibt nach.

New York, 17. April. Der amerikanische Geschäftsträger O'Shaughnessy meldet dem Präsidenten Wilson, daß Quarta einverstanden sei, die amerikanischen Fregatten mit 21 Geschütz zu launieren, wenn der Flaggenfall von den amerikanischen Schiffen erwidert werde. Die Washingtoner Regierung hat Quertas Anerbieten zwar formell noch nicht akzeptiert, doch glaubt man, daß offiziell hierzu darüber eine Verhandlung stattfinden habe. In Regierungskreisen wird die Reise als beendet angesehen. Es verlautet, daß Deutschland und Frankreich Quarta zum Nachgeben veranlassen hätten.

Opfer des Meeres.

New York, 17. April. Der Schooner 'Sudley' sank heute bei Long Branch (Illinois). Der Kapitän, seine Frau und die Mannschaft sind ertrunken. Nur ein Mann konnte sich retten.

160 000 Mark beurlaubt.

Schwabach, 17. April. In der Postkassette des Postamtbesizers in Schwabach wurde ein Postbetrag von 160 000 Mk. entwendet. Der Schaden dürfte durch das Verhängen des ungetrennten Postens gedeckt werden.

Krönung, 17. April. Der Arbeitsminister...

Stadt-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr: (Gründungsfeier) „Hilflos.“

Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr: „Als ich noch im Flügelleibe.“

Thalia-Theater.

Freitag: „Die rote Kabe.“

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr: „Der Fingerring.“

Darf ichs sagen?

Bitte! Ich bin ein guter Mensch.

Liebig's Etablissement. Variété-Sterne

Viktorla-Theater. Der Herr ohne Wohnung

Cabaret Fürst Blücher. Neues Programm.

Arthur Wolf

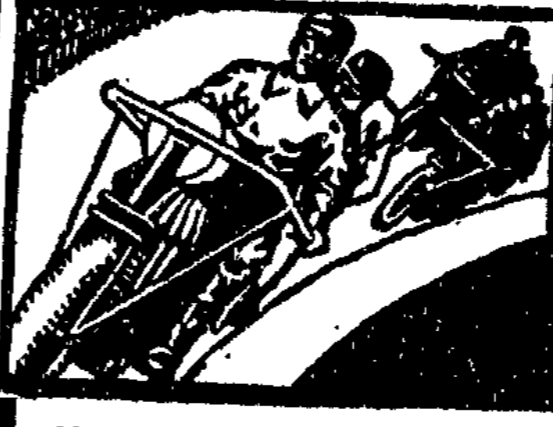
Kurt Speyer

Goldwaren Alter Kupferschmiedestr. 17

Volksvariété Zeltgarten. Kleine Eintrittspreise!

Kammerlicht-Spiele. Ab Freitag, den 17. April 1914

Judith von Bethulien. Die gewaltigste Sensation des Jahres 1914



über 80 km hinter gr. Motoren mit J. Miquel, P. Günther, P. Dikentmann, P. Thomas

Radrennbahn Grüneiche. Sonntag, den 19. April cr. Grosser Frühjahrspreis

über 80 km hinter gr. Motoren mit J. Miquel, P. Günther, P. Dikentmann, P. Thomas

Radrennbahn Grüneiche. Training Frühjahrspreis.

Zahn-Atelier. Ich habe hier Gartenstr. 6, I. Etage, Eingang Sonnenplatz

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brieg. Alkoholfreie Getränke. Scholz, Emil (Bilfinger Weinhandlung)

Glogau. Bekleidungs- u. Wäsche, Trikotas. Weißb. Seb. Wöhlfahrt 12 (Schulstr.)

Ohlau. Damen- und Herrenkonfektion und Modewaren. Gabel, E. Radil, Breslauerstr. 2

Trebnitz. Bierbrauereien. Trebnitz-Genossenschafts-Brauerei T. G. m. b. H.

Klettenberg-Hartlieb. Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt. Klettenberg, Hartlieb, Klettenberg

Kl.-Mochbern. Restauration. Ulrich's Wirt. Gahhaus, Kl.-Mochbern

Bottom. Restaurations. Restaurations. Restaurations.

Jahresbericht

Sozialdemokratischen Vereins Breslau

Über die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1914.

In Nachstehendem unterbreitet der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für die Reichstagswahlkreise Breslau-Ost und West seinen gedruckten Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Diese Gepflogenheit, der schriftlichen Berichterstattung ist nicht nur geschichtlich, sondern auch praktisch von großem Werte, sie ermöglicht es, die Entwicklung des Vereins, dessen inneren Ausbau und seine jährlichen Bemühungen für die Ausbreitung des Sozialismus durch die Drucklegung dauernd festzuhalten.

Wir können leider nicht mit voller Befriedigung auf das verfloffene Jahr zurückblicken; nicht alles ist tadellos in unserem Kreise. Unsere Aufgabe ist es nicht, bestehende Mängelstände zu vertuschen, sondern sie offen und frei zu besprechen, damit sie gebessert werden können. Damit wird auch die Bitte an die Parteimitglieder verbunden, selbst alles zu tun, was ihnen möglich ist, um vorhandene Unstimmigkeiten mit Beseitigen zu helfen.

Organisation.

Eine jederzeit schlagfertige und leistungsfähige Organisation zu schaffen und zu erhalten, dafür zu sorgen, daß die Verbreitung von Flugblättern oder sonstigen Agitationsmaterialien an die Bevölkerung in möglichst kurzer Zeit und dabei doch mit größter Gewissenhaftigkeit geschieht, daß ferner unsere ständige Arbeit für Partei und Presse recht wirksam vorgenommen wird, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Parteimitglieder. Dazu gehört aber neben der notwendigen Beteiligung aller Genossen und Genossinnen eine gute, praktische Einteilung des Agitationsgebietes. In dieser sind 21 Distrikte mit reichlich 300 Bezirken bestehende Gliederung unserer Organisation braucht in der Berichtszeit nichts geändert zu werden. Wohl gab es unter den Distrikts- und Bezirksführern manchen Wechsel, doch blieb die Distrikteinteilung unverändert.

Das nun im zweiten Geschäftsjahr bestehende Vertretersystem hat Freunde und Gegner gefunden. In der bevorstehenden General-Versammlung soll, einem Vortrage entsprechend, darüber entschieden werden, ob es weiter bestehen oder aufgehoben werden soll. Sicherlich hat es sich bewährt, da es das Verantwortlichkeitsgefühl der Vertreter gehoben und einen guten Besuch der Versammlungen zeitigte. Selbst in der Zeit der größten Versammlungsmüdigkeit erschienen sich unsere Vertreter-Versammlungen eines guten Besuches.

Im Vorstand unseres Vereins gab es in der Berichtszeit eine Veränderung; er setzte sich nach den Wahlen der General-Versammlung wie folgt zusammen: Vorsitzende: Th. Müller und F. Wiesner; Kassierer: H. Herrmann und G. Wittke; Schriftführer: B. Hoffmann und F. Friedrich; Beisitzerin Bertha Sawatzki.

Am 2. Juni erlitt unsere Organisation einen schweren Verlust durch den Tod des Genossen Paul Friedrich, der im Alter von 64 Jahren die Augen für immer geschlossen hat. Einer der ältesten Zeugen der Breslauer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist mit ihm dahingegangen. Er wohnte schon der Gründungs-Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1868 bei und mit dem ersten Vortrager unserer Bewegung hat er die Sache unserer Partei in den schwersten Jahren der Begründung hochgehalten. Das Sozialistengesetz brach herein, um das Ziel zu vernichten, das die Kämpfer aufgebaut hatten. Genosse Friedrich aber hielt aus. Erst im Jahre 1887, im zweiten Breslauer Gemeindegemeinschafts-Jahr, auch er in die Fänge des schmachvollen Ausnahmegesetzes, und die Breslauer Strafkammer verurteilte ihn zu längerer Gefängnisstrafe. In den letzten Jahren ergriff die Krankheit immer mehr den festeren Körper, trotzdem blieb aber sein Platz dort, wo er am Anfang gestanden, vor 45 Jahren! Die Treue, die er der Sache der Arbeiter gehalten, soll ihm unvergessen sein; allzeit werden die Breslauer Genossen des Freundes gedenken, der so lange in ihren Reihen gestanden hat.

Mitte Juni fiel unserem Verein gänzlich unerwartet ein Vermächtnis von 4000 Mark zu. Der am 30. Mai in Breslau verstorbenen Rentier Wilhelm Scholz hatte in seinem Testament bestimmt, daß dem Genossen Böbe 4000 Mark zufallen sollen, mit der Maßgabe, daß diese Summe dem sozialdemokratischen Verein zu Breslau dienen soll. Wir werden das Vermächtnis im Sinne des Erblassers für den Kampf um das Wohl des Volkes verwenden.

Ein lehrreiches Ergebnis zeitigte eine Umfrage, die unter unseren Mitgliedern veranstaltet wurde. Eine Anzahl von Parteigenossen hatten sich in der Kirchenaustritts-Bewegung lebhafter beteiligt. Dies gab der konservativen Presse wieder Veranlassung, den sozialdemokratischen Programmsatz „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ als Heuchelei hinzustellen. Gelegenheit einer anderen Umfrage stellten wir Anfragen über die Konfessionszugehörigkeit der einzelnen Mitglieder und stellten dabei folgendes fest:

Table with 8 columns: Distrikt, Zahl der Mitglieder, Zahl der eingegangenen Parteigenossen, Evangelische, Katholische, Dissidenten, Freireligiöse, Juden, Frage nicht beantwortet. Rows list districts 1 through 19.

Vor allem beweist die Statistik die völlige Duldsamkeit der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem religiösen Bekenntnis ihrer Mitglieder und deren Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft. Bei der gleichen Gelegenheit wurde auch eine Umfrage über die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden vorgenommen, die in unseren Verein organisiert sind.

sind. Diese Frage hatten 7676 Mitglieder beantwortet. Darunter waren 612 Selbständige, 7064 fanden im Arbeitsverhältnis. Diese Zahlen dürften das Märchen entkräften, daß die Sozialdemokratie nur eine Arbeiterpartei sei. Man sieht, daß auch in Breslau bereits viele Selbständige zugehören haben, daß nur die Sozialdemokratie ihr Wohl verteidigt.

Mitglieder-Bewegung.

Im vorigen Geschäftsjahre hatten wir einen Mitgliederzuwachs von 445 zu verzeichnen, der in diesem Jahre wieder eingeholt worden ist. Zwar bestanden nach im Berichtsjahre dieselben schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir bereits im vorjährigen Bericht angeführt hatten, die große Arbeitslosigkeit und die allgemeine Teuerung; doch waren wir ständig bemüht, durch Agitation unsere Mitgliederzahl zu erhalten und zu vermehren. Fast jeden Sonntag wurde in einzelnen Distrikten ein Werben für Partei und Presse veranstaltet, wobei besonders die erfolgreiche Tätigkeit der „Liegenden Kolonne“ hervorgehoben werden muß. Auch zu Flugblatt-Verbreitungen sind unsere Genossen mehrmals angetreten, besonders im Landtagswahlkampf. Am 30. November wurde das „Volk, sei auf der Hut!“ betitelte Flugblatt in 100.000 Exemplaren in Breslau verteilt. Als der Reichsverband eine seiner bekanntesten Südschriften verbreitete, die sich diesmal gegen unsere verstorbenen Väter richtete, verteilten wir auf den Straßen 10.000 Stück einer Gegenchrift, die ebenfalls den Titel „Vebel, der Kapitalist!“ trug.

Eine recht kräftige und erfolgreiche Agitation zur Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder nahmen unsere Genossinnen im Februar und März 1914 vor. Der Genossin Sawatzki war es gelungen, eine Agitationskolonne von reichlich 40 Frauen zusammenzubringen, die auch in öfteren Sitzungen zusammenkamen, um ihre Erfahrungen auszusprechen. Vor der roten Woche waren diese Genossinnen 150 neue weibliche Mitglieder und nach der reichlich 30. Die weiblichen Annahmen in der Zeit vom 8. bis 16. März, in die auch der Frauentag fiel, sind mit 65 Erfolge der roten Woche gebucht worden. Der große Aufschwung in der weiblichen Mitgliederzahl ist besonders auf diese opferfreudige Werbearbeit der Frauen zurückzuführen, an der sich unsere männlichen Mitglieder ein gutes Vorbild nehmen können.

Der Mittelpunkt unserer Agitationsarbeit bildete die rote Woche, die der Parteivorstand für die Zeit vom 8. bis 15. März über ganz Teuschland ausgeschrieben hatte. Auch in Breslau wurden dazu umfangreiche Vorarbeiten getroffen, die nur ermöglicht wurden durch die Einrichtung eines nach Distrikten und der Wohnung der Mitglieder angelegten Karten-Registers. Jedes Mitglied erhielt durch die Post zugestellt ein Schreiben, das ihn zu Mitarbeit aufforderte und verpflichtete, wenigstens ein neues Mitglied und einen neuen „Volkswacht“-Leser zu werden. Die Funktionäre unseres Vereins wurden besonders schriftlich zur Teilnahme an der Werbearbeit aufgefordert. Sonntag, den 8. März wurden 80.000 Flugblätter in der Stadt verteilt, die zum Eintritt in die Partei und zum Abonnement auf die Parteipresse aufforderten. Der Abend des 9. März brachte an Stelle der für diesen Tag falligen 21 Distrikt-Versammlungen 10 Mitglieder-Versammlungen, die in den verschiedenen Stadtteilen abgehalten wurden. In diesen Versammlungen wurde über die rote Woche gesprochen. Der diesjährige Frauentag, der in die rote Woche fiel, bedeutete wieder eine große Heerschau der Frauen und brachte einen guten agitativen Erfolg. Sonntag, den 15. März wurde eine Hausagitation von allen Distriktskolonnen aus vorgenommen. Der Abschluß der roten Woche bildeten vier öffentliche Versammlungen, die am 16. März in den verschiedenen Stadtteilen abgehalten wurden. Dazu waren besonders eingeladen die in der Agitationswoche neu gewonnenen Mitglieder. Es sprachen die Genossen Gierke aus Görlitz, Hering aus Weiden O.S., Schiller aus Waldenburg und Schönbücker aus Langenbielau über „Die Sozialdemokraten, was sie sind und was sie wollen“.

In der roten Woche wurden neu gewonnen: 964 männliche Mitglieder, 382 weibliche Mitglieder, 412 „Volkswacht“-Abonnenten.

Gewiß, ein schöner Erfolg! Wir danken unseren Mitgliedern für die opferfreudige Mitarbeit und bitten sie, in ihrer Arbeitsfreudigkeit nicht zu erlahmen. Niemand braucht anzunehmen, daß mit der roten Woche auch die Gelegenheit zur Werbung neuer Kämpfer abschließt. Für die Verbreitung der „Volkswacht“ hatten wir erst im Februar eine umfangreiche Hausagitation entfaltet, wobei wir in der roten Woche die Stützpunkt der Agitation auf die Mitgliedergewinnung sammeln konnten.

Die Mitglieder-Bewegung der letzten Jahre zeigt uns folgendes Bild:

Table with 4 columns: Year, Male members, Female members, Total members. Rows for years 1900-1906.

Auf die einzelnen Distrikte verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

Table with 3 columns: District, Male members, Female members. Rows list districts 1 through 19 and a total row.

Diese Aufstellung ergibt einen Mitgliederzuwachs von 778 gegenüber dem Vorjahr; es ist somit wieder das erste Jahr seit 189, die der weiblichen um 589 zugenommen. Doch ist noch viel nachzuholen. Unsere Mitgliederzahlen stehen in keinem Verhältnis zu den 47.511 sozialdemokratischen Stimmen, die bei der Reichstagswahl 1912 in Breslau-Ost und West abgegeben wurden. Auch die freien Gewerkschaften zählen in Breslau weit über 50.000 Mitglieder. Wenn jedes Parteimitglied seine Pflicht im Hinblick auf Mitgliederzuwachs, muß unsere Agitation auch die bestmögliche Stärke aufweisen.

Sitzungen und Versammlungen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war reich an Versammlungen und Sitzungen. Dieser tagten gemeinschaftliche Sitzungen mit anderen Vereinen oder Sitzungen, in die der Vorstand im ferneren Bereich zu entsenden hatte. Wie wollen wir in unserem Bericht aber nur an unsere Versammlungen unsere Mitglieder- und geschäftsführenden Versammlungen und die öffentlichen Versammlungen, die von der Partei veranstaltet wurden. Der Vorstand allein hielt 19 Sitzungen ab, Vorstand und Distriktsleiter zusammen 18. Sämtliche Distrikts- und Bezirksleiter wurden einmal wegen der Landtagswahl zu Versammlungen; auch gab es Zusammenkünfte der Funktionäre einzelner Distrikte. In einzelnen Distrikten tagten öfters Sitzungen auch außerhalb der monatlichen Distriktsversammlungen. Genosse Th. Müller leitete die im Vorjahre begonnene Tour durch die Distrikte fort, und zwar mit Vorträgen über Parteipflichten. In gemeindefreien Sitzungen des Vorstandes und der Distriktsleiter mit den Mitgliedern der Pressekommission und den Geschäftsleitern der „Volkswacht“ wurde die im § 6, Abs. 2 des Statuts vorgesehene Geschäftsordnung der Pressekommission geschaffen und auf die Geschäftsleiter ausgedehnt. Zwei General-Versammlungen, drei Mitglieder-, fünf Vertreter-Versammlungen sind in der Berichtszeit abgehalten worden; dazu kommen dreizehn Vorstadt-Versammlungen, fünfzehn Volks-Versammlungen und ein aus vier Abenden bestehendes Vortrags-Kursus über „Napoléon I. und seine Zeit“, den Genosse A. Müller abhielt.

Die beiden General-Versammlungen trafen am 12. und 26. Juni. Wegen der Landtagswahlen verhielt sich die Berichtszeit dieser Versammlungen mit den Jahresberichten des Vorstandes, der Pressekommission und des Bildungs-Ausschusses. Auch wurde der einige Statutenänderungen vorgenommen, die durch den Beschluß des deutschen Parteitag, die Verlegung des Geschäftsjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März, nötig wurden. Die neue Ausschüsse über die Jahresberichte wurde in der zweiten Versammlung verabschiedet, wo dann die Entlastung des Reichstages erfolgte und die Wahlen zum Vorstand und den Kommissionen vorgenommen wurden. Eine von etwa 1100 Genossen anwesende Wahlmännerkonferenz wählte Mitglieder-Versammlung beschloß am 21. April, die Genossen Böbe, Neumann und Schönbücker als Landtagskandidaten aufzustellen. Am 29. Mai beschloß sich ebenfalls sehr stark besucht Mitglieder- und Wahlmänner-Versammlung mit der Frage der Sitzwahlen bei der Landtagswahl am 3. Juni. Über „Preußen wählrecht und Massenstreik“ sprach am 31. Juli in einer Mitglieder-Versammlung Genosse Darr. Am 21. Juli tagte ein Vertreter-Versammlung, die zunächst die Neuwahl der Distriktsleiter bestätigte, die Entscheidung über das erste Vierteljahr 1913/14 entgegennahm, die weitere Stellung nahm zu dem am 17. August tagenden Bezirks-Parteitag, und wo der Bericht über die Landtagswahlen erörtert wurde. Mit dem Parteitag in Teuschland beschäftigte sich am 11. August eine Vertreter-Versammlung, die die Genossen Darr, Wiesner und Biegler und die Genossin Kurber zu Delegierten wählte. Am 25. September wurde in einer Vertreter-Versammlung der Bericht über die Parteitag-Verhandlungen gegeben. Einen fesselnden Vortrag über die Frage: „Wie sieht es im schwarzen Deutschland aus?“ hielt Genosse Hering aus Weiden O.S. in einer Vertreter-Versammlung am 1. Dezember. Über einen Antrag des Distrikts 11, das Vertretersystem aufzugeben, wurde nicht verhandelt; die Versammlung beschloß, darüber in der nächsten General-Versammlung zu beraten. Über den Programmpunkt „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ sprach am 19. Februar in einer Vertreter-Versammlung Genosse Darr.

Von den 10 lebhaft gewünschten Vorstadt-Versammlungen sind in der Berichtszeit dreizehn abgehalten worden. Zunächst tagten diese Versammlungen als Mitglieder-Versammlungen ein, später als öffentliche Versammlungen. Sie waren fast alle nur möglich durch, obwohl fast stets auswärtige Redner sprachen. Bei Mitte in der Größeren Vorstadt sprach Genosse Darr über „Preußenwählrecht und politischer Massenstreik“. Reichstagsabgeordneter Genosse Feldmann aus Langenbielau sprach im „Vergleichen“ vor dem Obertribunal über: „Militärvorlage - Redaktionsvorlage und die Parteien des Reichstages“. Vor dem Nikolaitor, im großen Saale des „Kronprinz“, sprach Genosse Dierroth, damals noch in Waldenburg, über: „Sozialdemokratie und Meinel“. In der „Deutschen Krone“, für die Genossen des Sandtors, sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse August Kühn aus Langenbielau über: „Unsere Forderungen zur Militärgerichtsbarkeit“. Über 25 Jahre deutscher Kaiser hielt bei Oudis vor dem Zwickauer Tor Genosse Schiller aus Waldenburg einen Vortrag. Genosse Schönbücker aus Langenbielau behandelte bei Bräuer in der Gäßstraße das „Weberland und die Weberaufstände in Schlesien“. Alle diese Versammlungen wurden an verschiedenen Tagen abgehalten, jedoch auch den Parteimitgliedern aus anderen Stadtteilen Gelegenheit geboten war, an ihnen teilzunehmen. Am 27. November wurden drei Vorstadt-Versammlungen abgehalten, wo kommunale Fragen behandelt wurden. Im „Gewerkschaftshaus“, in der „Deutschen Krone“ und im „Schwefelhof“ sprachen die Stadtverordneten Zimmerer, Schäfer, Schlich, Floethe, Schütz und Philipp über die Millionen-Anleihe der Stadt Breslau und die Frage: „Welches Oberbrücken-Projekt ist das Vorteilhafteste?“ Vier öffentliche Vorstadt-Versammlungen tagten am 16. März als Abschluß der roten Woche.

Besonders hervorzuheben politische Ereignisse boten dieser den Anlaß zur Abhaltung von Volksversammlungen, die sich durchweg eines guten Besuches erfreuten. So sprach am 6. April unser Reichstagsabgeordneter Ed. Bernstein gegen die Mehrvorlage. Am 1. Mai tagten vier Volksversammlungen wegen des Bäderstreiks. Zum fünfzigjährigen Parteijubiläum sprach am 22. Mai Genosse Ed. Bernstein im „Gewerkschaftshaus“. Zwei Vertreter-Versammlungen brachte uns den 22. Juni. Im Saale des „Gewerkschaftshaus“ sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Landberg aus Magdeburg und im Garten Genosse B. Müller gegen die Festschreibung der Festschreibung des Verbot des Gerhard Hauptmann'schen Festspiels. In Stelle der Genossin Zick, die durch den Tod unseres Vebel aus Erlangen verhindert war, sprach die Genossin Witt am 18. August in einer großen Frauenversammlung. Genosse Ed. Bernstein sprach am 6. Oktober über die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Unser Abgeordneter für Breslau-Ost, Genosse G. Bauer, behandelte am 19. Oktober die Frage der Arbeitslosen-Fürsorge in Reich, Staat und Gemeinde und die Forderung der Arbeiterschaft dazu. In drei Versammlungen am 27. November, die sich mit kommunalen Fragen beschäftigten, haben wir bereits im vorigen Abschnitt erwähnt. Die Vorstandsmitglieder in Sabern verabschiedeten uns am 7. Dezember, drei Versammlungen abzuhalten, die eine scharfe Kritik des Säbelregiments vornahm. Rehm waren die Genossen Bauer, Bernstein und Böbe. Am 13. Januar wandten uns die Freisprechungen der Saberner Offiziere gegen über, eine große Versammlung abgehalten, in der die Genossen A. Müller und Donath sprachen. Reichstagsabgeordneter D. Stücken aus Wittweide hatte unser Einladung am 20. Januar Folge geleistet; er sprach im „Gewerkschaftshaus“ über: „Freies Sozialrecht und die Lage der Sozialarbeiter“. Am Freuentage (12. März) trat die Genossin Hering aus Weiden aus Berlin für die Forderung des Frauenstimmrechts ein. In der Berichtszeit wurden an 12 Tagen die monatlichen Parteimitglieder-Versammlungen (Distrikts-) abgehalten, 24 Distrikts-Versammlungen und zwar am 14. April, 16. April, 30. April, 14. Mai, 16. Mai, 30. Mai, 13. Juni, 15. Juni, 29. Juni, 13. Juli, 15. Juli, 29. Juli, 12. August, 14. August, 28. August, 11. September, 13. September, 27. September, 11. Oktober, 13. Oktober, 27. Oktober, 10. November, 12. November, 26. November, 10. Dezember, 12. Dezember, 26. Dezember.

14. Juli, 11. August, 8. September, 13. Oktober, 10. November, 3. Dezember, 12. Januar, 9. Februar und 9. März. Der Juli- und August-Abend mit den Landtagsarbeiten, der im Juni mit den Jahresberichten und den Neuwahlen; im Juli wurden die Bezirksarbeiten vorgenommen. Im Oktober wurde in allen Lokalen die Frage der staatlichen und kommunalen Arbeitslosenfürsorge behandelt. In den Mitgliederversammlungen wurden im März an Stelle des bisherigen Jahresberichts der Bezirksarbeiten die Jahresberichte der Bezirksvereine vorgelesen. Im Berichtsjahre waren die Bezirksvereine in der Hauptsache durchgehend schlecht besucht. Wohl nirgends hatte sich die nicht nur in Breslau bestehende, sondern in der Provinz überhaupt so lebhaft gemacht, wie in dem Bezirk unserer Lokale. Nur das Parteibüro hat die letzten Wochen aufrecht erhalten. Nachher wird sich das auch wieder bei den Jahlabenden bemerkbar machen. Wie in den Vorjahren, wurden in den Jahlabenden behandelte Vorträge gehalten; sie sind auch eine regelmäßige Zusammenkunft aller tätigen Genossen und Genossinnen geblieben.

Gedenktage-Feiern.

Vor 25 Jahren schrieb der „Sozialdemokrat“ in seinem Nachruf für Karl Kautsky: „Breslau, Erde, in deren Schoß der Begründer der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, ruht, und wo der brave Kämpfer für die Sache seiner Weibsgenossen, der ältere Vertreter für Breslau-Ost, Reinhold, begraben liegt, deutet jetzt auf Karl Kautsky, einen der hingebendsten, opfermütigsten und anspruchsvollsten Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung.“ Am 1. April waren 25 Jahre vergangen, daß Kautsky in Breslau ruht. Eine Abordnung unserer Vereinsmitglieder begab sich an das Grab, um dort einen Kranz mit prächtiger roter Schleife niederzulegen. — Aber nach einem anderen, ebenso treuen und hingebungsvollen Kampfgenosse hatte die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1888 verloren, der am 2. Oktober 25 Jahre in Breslau Erde ruhte: der ehemalige Vertreter für Breslau-West, Julius Krücker. Auch einem Gedächtnis widmete die Partei einen Kranz mit entsprechender Widmung auf roter Schleife. In seinem Gedächtnis hatten sich neben einigen Verwandten, auch einige persönliche Kampfgesährten des Verstorbenen am Graue eingelunden, so Genosse Kühn aus Langenbielau, Friedler aus Wären, Zapfe in Breslau usw. — Unterem verstorbenen Vorkämpfer Ferdinand Lassalle wurden dreimal im Jahre die feierlichen Gedenktage mit entsprechenden Widmungen auf das Grab geleist; so am 23. Mai zum 50jährigen Parteibestehen. Die rote Schleife trug die Aufschrift: „Dem Erbauer des Proletariats zum fünfzigjährigen Bestehen des „Dünen Antwoortkreibens“. Die Sozialdemokratie Breslaus.“ Am 17. Juni legten Delegierte der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes einen Kranz nieder und am 31. August, seinem Todestage, wurde das Andenken Lassalles in der üblichen Weise gelehrt. Eine erhebende Gedenkstunde um 22. Mai den großen Sozialen schönen Gewerkschaftshaus. Vor 50 Jahren, am 23. Mai 1863, ist in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die sozialdemokratische Parteiorganisation gegründet worden. Es war nur selbstverständlich, daß dieser denkwürdige Tag auch in Breslau entsprechend gefeiert wurde. Männergesang wechselte ab mit Rezitationen. Genosse E. D. Bernstein hielt die Festrede. — Am 18. August versammelt sich Breslau organisiert: Arbeiterpartei wieder im „Gewerkschaftshaus“, um eine Trauerfeier für unseren verstorbenen August Hebel zu begehen. Weit vor der angelegten Zeit mußte der Zutritt zu den Sälen wegen Überfüllung abgelehrt werden. Die Feier wurde durch einen stimmungsvollen Harmoniumvortrag eingeleitet, dann folgte ein Gesangsverein mit dem Rhythmuschor: „Leurer Freund, du bist nicht mehr“. Ein feierliches Schweigen lag über der weitläufigen Trauergemeinde, als Genosse Löbe seine ergreifende, von echten Herzensstößen durchdrungene Gedächtnisrede hielt. Die würdige Feier schloß mit Gesang und Harmoniumvorträgen.

Frauenbewegung.

„Die Breslauer Lokale auf ihre Frauenbewegung stolz sein.“ Diesem Lob aus heiligem, sachverständigem Munde hat sich die hiesige Frauenbewegung auch in der Berichtszeit würdig erweisen. Eine rege Tätigkeit ist entfaltet worden und schöne Fortschritte in der Zahl der weiblichen Mitglieder sind der Folge. Dem Beschlusse einer Generalversammlung entsprechend wird der Frauenabend nun stets an einem bestimmten Tage, dem dritten Montag jeden Monats, abgehalten. Am 10. April tagte ein gemeinschaftlicher Frauenabend im „Gewerkschaftshaus“, wo Genossin Wulff über „Die Frauen und die Landtagsarbeiten“ sprach. Ebenfalls in einem gemeinschaftlichen Frauenabend sprach am 15. Dezember Genosse Kellner über die Frage: „Welche Arbeiten sind bei der bevorstehenden Wahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse von unseren Frauen zu übernehmen?“ Die übrigen Frauenabende tagten an den dafür bestimmten Tagen in jebesmal sechs Lokalen. Einmal gelang es, überall einen Gegenstand: „Die Frauen und die Landtagsarbeiten“, durch sechs mit dieser Sache betraute Redner behandeln zu lassen. Aber auch sonst wurde in jedem Frauenabend ein belehrender Vortrag gehalten. Die Leiterinnen der Frauenabende sind in acht Sitzungen zusammengetreten. Neben belehrenden Vorträgen über ihre Tätigkeit, gaben wir ihnen zu ihrer Weiterbildung die Prospekt „Sozialistische Erziehung im Hause“. Auch in einigen öffentlichen Frauenversammlungen in die Vorbereitung unter den Frauen und Mädchen gepflegt worden. So sprach die Genossin Wulff am 18. August, an Stelle der durch Hebel's Tod verhinderten Genossin Hies über „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus“. — Der große Saal des „Gewerkschaftshaus“ sah kaum die Menge der Frauen, die am Frauentage (12. März) zusammenströmten. Genossin Regina Kuben aus Berlin sprach über das Stimmrecht der Frauen. Der Frauen- und Mädchenchor „Proletaria“ verschönte den Tag durch einige prächtige Akte.

Im Herbst begann die Genossin Wulff in einem Vortragsreihe, die in der Schöpfung tätigen Genossinnen geistig weiterzubilden und zu fördern. Ihre erfolgreiche Arbeit zeigte sie uns zum Herbst an verschiedenen Unterhaltungsabenden fort. Die praktische Agitationsarbeit hatte die Genossin Laubmann in die Hand genommen, indem sie umfangreiche Vorträge zur Hausagitation für neue weibliche Mitglieder traf. Es gelang ihr, sich einen größeren Stamm von Agitatoren heranzubringen, die eine äußerst erfolgreiche Agitation vornahmen. 10.000 Flugblätter, die sich an die Arbeiterfrauen und Mädchen Breslaus richteten, unterzeichnet die Arbeiterinnen. Unsere Genossinnen haben auf diesem Gebiete die Männer übertraffen. Auch bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse leisteten unsere Frauen umfangreiche Beiträge.

Eine Frauenkonferenz für den Breslauer Ortskrankenkassenbezirk tagte am 12. Oktober in Breslau, an der die Genossin Hies aus Berlin teilnahm. Als Vertreterin der weiblichen Mitglieder in der Bezirksleitung wurde die Genossin Laubmann gewählt.

Ein außerordentliches Bild der Tätigkeit unserer Kinder- und Jugendkommission haben wir in einem besonderen Bericht gegeben.

Kaufleute.

Im Jahre 1913 hat der 1. Mai auf einen geschäftlichen Feiertag und alle öffentlichen Hände ruhten. Voraussichtlich 11 Uhr wurde im „Gewerkschaftshaus“ und im „Kampfring“ zwei große Versammlungen, die mit Gesang der Arbeiterinnen eröffnet und geschlossen wurden. Redner waren die Genossen K. H. Müller und Kellner. Der Nachmittag verbrachte die Arbeiterinnen

in drei Morgenstunden Lokalen, wo neben Garten-Konzert, turnerische, athletische und Radfahrer-Vorführungen geboten wurden. Der Abend brachte Unterhaltung und Tanz im „Gewerkschaftshaus“.

In unseren bisherigen Jahresberichten bildete

die Zentralbibliothek

stets einen besonderen Abschnitt. Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte durch die Eröffnung der Zentral-Bibliothek eine wesentliche Veränderung, indem auch unser Bücherbestand an sie abgeführt wurde. Die Zentralbibliothek enthält die Bücher, folgende Organisationen: Sozialdemokratischer Verein 2180 Bände, Metallarbeiterverband 1096, Holzarbeiterverband 606, Fabrikarbeiterverband 210, Gemeindefacharbeiterverband 388, Buchbinderverband 232, Handlungsgehilfenverband 170, Schneiderverband 351, Schuhmacherverband 50, Brauereiarbeiterverband 40, Friseur 25, Sattler 55, Tischler 73, Maschinisten und Heizer 30, Schlossermeister 45, Lithographen und Steindruck 37, Galvanisierarbeiten 11, Bildhauer 106, Bauarbeiter 190, Porzellanarbeiter 130.

Nach längeren Vorbereitungen wurde die Bibliothek am 14. September 1913 eröffnet und sie zeigt einen tüchtig steigenden Besuch von Lesern. Das Benutzersverzeichnis dabei ist, die wissenschaftlichen Bücher werden mehr als in anderen Städten bevorzugt. Die Verwaltung unterliegt selbstverständlich den Bildungsleiter der Leser. Ein Bericht über die Bibliothek liegt uns nur für die Zeit vom 14. September bis zum 31. Dezember 1913 vor, wo 1239 Leser und 5333 ausgeliehene Bücher erzählt wurden. Von den Lesern waren 426 gewerkschaftlich und politisch organisiert, 465 waren nur gewerkschaftlich organisiert, 131 waren nur politisch organisiert. Der Rest verteilte sich auf Frauen, Jugendliche und Kinder.

Wie aus dem Kassenbericht zu ersehen ist, leistet unser Verein an die Zentral-Bibliothek regelmäßige Beiträge, auch unterstützen wir sie weiter durch Lieferung von Prospekturen, Zeitungen usw. In unsere Mitglieder möchten wir das dringende Ersuchen richten, ihre wachen Aufmerksamkeit nicht zu verbergen, sondern die Bibliothek fleißig zu benutzen, die sich im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 68/69 befindet und an Wochentagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet ist. Mittwochs und Sonntags bleibt die Bibliothek geschlossen.

Nachrichtlich teile uns die Verwaltung mit, vom 15. September 1913 bis 31. März 1914 wurde die Zentral-Bibliothek von 2140 Lesern benutzt. Die Zahl der ausgeliehenen Bücher betrug 14.213. Von den Büchern sollen auf Lieferung 5004, Unterhaltung 6692, Jugendliteratur 2317.

(Schluß folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. April.

Bereine und Versammlungen.

Das Bevölkerungsproblem in moderner Bedeutung. Ueber diese zeitgemäße Frage wird Genosse Dr. Alfred Bernstein aus Berlin in einer öffentlichen Volksversammlung sprechen, die für Sonntagabend 7 Uhr in den großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufen ist. Genosse Bernstein war einer der ersten, die sich in Berlin sehr freimütig über den Geburtenrückgang in Deutschland ausgesprochen und mit vielen Gründen den Arbeitern und ihren Frauen empfohlen haben, ihre Kinderzahl zu beschränken. In sein Auftreten knüpft sich die Agitation für den Geburtenrückgang. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit wiederholt daran, daß Donnerstag, den 23. April, eine große öffentliche Frauenversammlung im Gewerkschaftshaus tagt, wo die Genossin Hies vom Parteivorstande in Berlin über den Kampf gegen den staatlichen Geburtenzwang sprechen wird. (Siehe Anzeige.)

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Aprilversammlungen.

Im heutigen Inseratenteil werden die Bezirksversammlungen für den Monat April veröffentlicht. Es ist die Pflicht der Mitglieder, sich den Tag freizuhalten und ihre Versammlung zu besuchen. Es wird Bericht erstattet über die Generalversammlung und die Abrechnung der Kreisliste vom 1. Quartal bekannt gegeben. Außerdem ist die Maifeier zu besprechen. Die Programme werden ausgegeben. Alle Mitglieder müssen befristet sein, sich an den Besuch der Bezirksversammlung zu gewöhnen.

Die Vorstandswahl zur Kreisfrauenliste.

Am 22. April, nachmittags 3 Uhr, findet in Neumarkt im Kreislandeshaus (Zimmer 21) die Wahl der Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die ländlichen Ortschaften des Kreises Neumarkt statt. Es ist Pflicht unserer Ausschussmitglieder dieser Kasse, den Stimmzettel der vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen zukünftigen Vorstandsmitglieder abzugeben, denn es wird die höchste Zeit, daß in den Organismus dieses Instituts frisches, gesundes Blut eindringt. Für die neu eintretenden Kollegen wird es keine Leichtigkeit sein, sich sofort in die schwierige und umfangreiche Materie der Reichsversicherungsordnung einzuarbeiten, noch dazu, da gerade bei dieser Kasse so vieles schwer im Argen liegt. In erster Linie wird große Vorsicht zu gebrauchen sein bei der Vereinigung zu einem sogenannten Kassenverband mit der Landkrankenkasse des Kreises Neumarkt wegen der Abkürzung mit Ärzten, Apothekern und Beamten. Nach der Lage der Dinge wird das Ablehnen eines solchen Verbandes wohl zu empfehlen sein.

Außer der Ausgestaltung der Kassenleistungen und der Verschmelzung mit den im Kreise noch fernstehenden Ortskrankenkassen würde vor allem die innere Verwaltung dieser Kasse einmal scharf unter die Lupe zu nehmen sein, damit fernherin nicht mehr diese Unzulänglichkeiten vorkommen, wie bisher. Unbegreiflich ist es überhaupt, daß Kassenbeiträge, die spätestens Anfang Februar fällig waren, bis heute noch nicht eingezogen wurden? Wer kommt für diesen Rückgang auf? Auch das Arbeits- und Lohnverhältnis der Kassenangehörigen scheint viel wünschen zu lassen. In erster Linie werden wirklich fähige Leute einzustellen sein, die auch entsprechend bezahlt werden müssen. Auch wird man fernherin mehr auf Reinlichkeit der Arbeitsräume dieser Angestellten zu achten haben. Haben doch gerade diese Beamten mit der Aufstellungsgeschichte durch das Expedieren der Patienten sehr zu rechnen.

Diese wenigen Ziele zeigen also schon, wie notwendig es ist, daß am 23. April dafür gesorgt wird, daß Leute in den Vorstand gewählt werden, die ruhig und sachlich zum Wohle der Versicherten arbeiten.

Am 4. April ist eine Bäckerin in Krieten von einem Dünke in den Oberarm gebissen worden. Sie mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Schlesien und Posen.

Oppeln, 17. April. Die Stadtbehörde gegen die Preisklebererei. In den „Oppelner Nachrichten“ liest man: Die letzte städtische Druckachenergebung hat ein so eigentümliches Resultat ergeben, daß der Herr Oberbürgermeister Dr. Neugebauer sich veranlaßt sah, wegen der geradezu ungeheuerlichen Preisdifferenz dem Magistrat die Entscheidung darüber anheimzustellen, ob der Mindestfordernde noch das Vertrauen verdiene, daß man ihm den Zuschlag erteile. Beteiligt an der Ausschreibung waren drei Oppelner Firmen. Es wird Sache des Ehrenschiedsgerichts der Unternehmer sein, mit diesem Schmutzkonkurrenten einmal Fraktur zu reden.

Rattow, 17. April. Zur Einführung der königlichen Polizei in Rattow. Die Arbeiten zur Einführung der königlichen Polizei im Stadt- und Landkreis sind im Gange. Nachdem bereits verschiedene Anordnungen getroffen worden sind, beschäftigt man sich gegenwärtig mit dem Projekt der Errichtung eines Verwaltungsgebäudes.

Rattow, 17. April. Geldschrankräuber. Beim Kaufmann Ruzajski in Birkenhain brachen Diebe ein, durchschnitten die Alarmanlage, die vom Geldschrank ausgeht und bohrten dann den Geldschrank an verschiedenen Stellen an, bis es ihnen gelang, denselben zu öffnen. Gestohlen wurde etwa 3000 Mark in barem Gelde.

Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Mittwoch in Peiskretscham bei Gleiwitz in der Destillation von Gutt-mann verübt. Die Diebe erbrachen den Geldschrank und raubten 4000 Mark in barem Gelde, sowie eine Anzahl von Sparkassenbüchern über Beträge von 200 bis 1500 Mark.

Gleiwitz, 17. April. Schießerei auf einem Schnellzug. Auf den Frühlingszug Breslau-Gleiwitz-Weuthen-Rattow wurde am Mittwoch gegen 9 Uhr in der Nähe des Gleiwitzer Stadtwaldes ein Revolvererschuss abgegeben. Die Kugel durchschlug das Fenster eines Abteils zweiter Klasse und ging durch das gegenüberliegende Fenster wieder hinaus. Das Abteil war voll besetzt. Nur dem glücklichen Unfalle, daß weitere Fahrgäste zweiter Klasse wegen Überfüllung in die erste Klasse überwiesen worden waren, ist es zu verdanken, daß der Gang in dem Unglücksabteil freigelassen war, und die Kugel so hindurchlaufen konnte, ohne Unheil anzurichten.

Briefkasten.

R. Krieg. Am besten ist es, Sie nehmen die Kündigung an und gehen am 1. Juli aus. Ihre Tochter muß rechtzeitig, also 6 Wochen vor Vertragsablauf, kündigen, wenn sie am 1. Juli abgehen will.

Hogau. Da Ihnen der Wirt gesagt hat, Sie sollen am 1. Mai die Wohnung räumen, brauchen Sie für Mai und Juni keine Miete zahlen.

Briegelstraße. Wir meinen, beide würden das Geld annehmen. Im übrigen sind solche „Scherzfragen“ recht mäßig.

H. W. 50. Kaufverträge können unter Umständen als ungültig angesehen werden; aber in Ihrem Falle erscheint das ausgeschlossen. Sie müssen bei Gericht klagen, was wir Ihnen jedoch nicht empfehlen können, da der Ausgang sehr zweifelhaft ist.

Versammlungen und Vereine.

Sonntag, den 19. April: Gemein- und Betonarbeiter. Früh 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr: Partei-Landdistrikt Rosental bei Laqua, Ostwitz bei Grünast, Sadowitz bei Hoffmann, Neumarkt bei Freudenberger.

Sonntag, den 19. April, früh 9 1/2 Uhr: Partei-Landdistrikt Carlowitz bei Claß.

Sonntag, den 19. April, nachm. 3 Uhr: Partei-Landdistrikt Stabelwitz bei Müller in Marschwitz.

„Matthä bei Nixdorf in Walerswiz. Etzelen, Wahlverein. Sonntag nachmittags 3 Uhr bei Knoll. Ohlau, Kabalarbeiter. Sonntag nachmittags 3-5 Uhr Delegiertenwahl.

Aus der Geschäftswelt.

Der Unterschied zwischen Malz und Gerste ist nur sehr wenigen Menschen bekannt. Viele wissen nicht, daß Malz gekeimte Gerste ist oder glauben, daß Keimen der Gerste von geringer Bedeutung. Malz ist aber nicht nur viel wertvoller als Gerste, sondern enthält auch Nährstoffe, die dem menschlichen Körper erst durch das Mälzungsverfahren zugesetzt werden können. Außerdem kann nur gute Gerste zum Keimen gebracht werden. Malz läßt sich aus schlechter Gerste also gar nicht herstellen. Wer z. B. Gerstenkaffee als Malzkaffee verkauft, macht sich strafbar. Der Unterschied ist allerdings für die Hausfrau schwer zu erkennen. Deshalb wird man bei losem ausgeworrenem Malzkaffee immer vorsichtig sein müssen, abgesehen von der leicht möglichen Verunreinigung. Aus diesen Gründen wird der in der größten Malzkaffee-Fabrik der Welt hergestellte echte Kaffee-Reiner's Malzkaffee nur in geschlossenen Paketen verkauft, die man sofort an der Schutzmarke, dem Kneip-Bild, erkennt.

Als allseitiges Waschmittel ist

Minlosches Waschpulver

Wie ein Mann hängen Millionen dran.



13982

Nur echt mit dieser Schutzmarke seit langem geschätzt und berühmt

Preis: 25 Pfennige das Ein-Pfund-Paket

Zu haben in allen Drogerien, Kolonialwaren- u. Selbstgeschäften.

15003